

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenschrift 5,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepaltenen Kolonellen
ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 31. August 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Kernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. September eröffnen wir ein neues Abonnement
auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil
des Romans

„Die Kanfare“

kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsbedeuteure
sowie unsere Expedition, Brühlstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten
Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig für den Monat September
entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
unter Nr. 7971.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Chinesische Ausichten.

Der Jubel über den Fall Pekings beginnt allmählich in
der deutschen wie ausländischen Presse in eine tiefen-
jämmerliche Stimmung umzuschlagen, jemehr die durch Ver-
fürchtungen um den Ausgang der Expedition nach Peking ge-
weckte Spannung nüchternen Betrachtungen weicht und damit
sich die Frage geltend macht: „Was hat nun zu geschehen,
um wieder „geordnete Zustände“ in China zurück-
zuführen? — eine Frage, die jene andre in sich schließt: Wie
ist ein Weg zu finden, den alle am Kampf beteiligten Mächte
trotz ihrer auseinandergehenden Interessen für gangbar halten.
Offiziell ist zwar in der letzten Zeit von den Regierungs-
blättern aller Nationen verkündet worden, daß im Rat der
Mächte völlige Einstimmigkeit darüber bestehe, daß Chinas
Integrität erhalten bleiben müsse; aber die wider-
sprüchlichen Gedanken, welche die deutsche, russische,
englische und amerikanische Presse über die nächsten
Aufgaben der Mächte in China zu Tage fördern, zeigen deut-
lich, daß unter dieser „Integrität“ etwas recht Verschieden-
artiges verstanden wird. Hat schon früher Deutschland die
Besetzung von Kiautschou, England die Erpressung von Weihaiwei
und Rußland die Annetion der Gebiete von Zolienwan und
Port Arthur als völlig vereinbar mit der eigenartigen
chinesischen Integrität gegolten, so dürften ihnen einige
neue Erwerbungen und Erpressungen noch weit weniger als
Verletzung der chinesischen Integrität erscheinen.

Man braucht sich nur die Frage vorzulegen, wie die ver-
schiedenen Mächte sich verhalten werden, wenn gewisse Ver-
zichte an sie herantreten, um die Phrase von der
„Einigkeit der Verbündeten“ und der „Erhaltung der
Integrität Chinas“ recht niedrig einzuschlagen. Wird beispiels-
weise Rußland das in den letzten Wochen eroberte Gebiet
in der Mandschurei herausgeben, wird es den Amur wieder
als Grenzfluß zwischen seinem ostasiatischen Gebiet und der
Mandschurei anerkennen, nachdem erst jüngst die Meldung
des Generals Grodekow, der Amur sei nun auch auf der
rechten Seite russisch, mit Genugthuung von der russischen
offiziösen Presse begrüßt worden ist? Wird Rußland das
besetzte Kiutschwang wieder herausgeben? Wird
Japan nicht Kompensation für die Liautung-Hal-
binsel fordern, um die es sich im letzten Kriege
mit China betrogen sah? Wird England nicht allerlei
Garantieforderungen auf dem Herzen haben zu Sicherung
seiner dominierenden Stellung im Jangtsethal? Sollte die
deutsche Regierung wirklich als Entschädigung für die Er-
mordung ihres Gesandten nicht Verlangen nach neuen
Wachtungen oder sonstigen Zugeständnissen in Schantung
haben? Die Einrichtung besonderer „ostasiatischer Regi-
menter“, ihre Ausstättung mit besonderen Fahnen und Ab-
zeichen sieht gerade nicht danach aus, als wenn man ge-
wissen Orts den Krieg gegen China als eine bald vorüber-
gehende Episode betrachte.

Es genügt das ängstliche Mißtrauen zu verfolgen, mit
dem jede Macht den Schritt einer andren betrachtet,
um zur Einsicht zu kommen, daß nicht die Entsetzung
der Gesandten in Peking, auch nicht das Zurückschlagen
etwaiger erneuter Angriffe chinesischer Truppen, sondern
die sogenannte „Zurückführung der Ordnung“ die schwerste
Aufgabe ist. Es ist eben, trotz aller vielen Behauptungen,
nicht richtig, daß alle Mächte nur Handelsinteressen in China
haben, die am besten durch eine Politik der offenen Thür ge-
wahrt bleiben. Für England, das am Gesamt-Außenhandel
Chinas mit etwa 60 Proz. beteiligt ist, trifft das zu, auch

für Deutschland und die Vereinigten Staaten; nicht aber
für Frankreich, dessen Handel mit China sich in den letzten
Jahren nur auf 4 bis 5 Millionen Mark belief, nicht
für Japan, von dessen Küsten sich seit Jahren ein zunehmender
Auswandererstrom nach Korea und Liautung ergießt und das
dort wie im Golf von Liautung und Tschili seine politischen
Interessen durch die zunehmende Erstarkung Rußlands in
Ostasien gefährdet sieht, und noch viel weniger gilt diese Be-
hauptung für Rußland, dessen Handel mit China sowohl über
Sibirien und die Mandschurei, als per Schiff über Odeffa in 1898
nur ungefähr 60 Millionen Mark betrug, wovon über 53 Millionen
auf die Einfuhr von China nach Rußland entfallen, meist
Thee und Seide, die von Rußland zum großen Teil wieder
ihren Weg nach Westeuropa finden. Für diese Länder ist die
Erwerbung neuer Gebiete oder spezieller Interessensphären,
die ihren maritimen Stützpunkte oder gegenüber ihren Handels-
konkurrenten bestimmte Privilegien bietet, weit vorteilhafter,
als die „offene Thür“, die ihnen infolge ihrer Konkurrenz-
unfähigkeit doch ohnehin verschlossen bleibt.

Aber selbst angenommen, diese Gegenstände existierten nicht
und friedliche Eintracht verbände bis zum letzten Augenblick
die Verbündeten, so bleibt immer noch die Antwort auf die
Frage: „Was nun?“ eine äußerst schwierige. Einige jener
famosen China-Kenner, die früher in einem chinesischen Arsenal
bezoopfte Söhne des himmlischen Reichs nach preußischem
Muster gebrüt haben und sich bei dieser Gelegenheit ein
tiefes Verständnis für die Psychologie des Chinesentums
aneigneten, haben in den letzten Tagen geraten, China unter
Curatel der fremden Mächte zu stellen, das heißt ge-
wissermaßen einen internationalen Aufsichtsrat zu bilden,
der die chinesische Verwaltung dirigiert. Der Plan
kann nur von jemand ausgehen, dem Chinas Ver-
waltung und seine socialen Verhältnisse völlig unbekannt sind.
Nicht nur, daß ein solcher internationaler Staatsrat recht
bald der Lummelplatz gegenseitigen Gezänks, gegenseitiger
Anfeindung und aller möglicher Intriguen sein würde; er
würde auch völlig machtlos sein, oder richtiger, seine Macht
würde nur so weit reichen, wie die Bajonette der ihm zur
Verfügung stehenden Truppen. Ein Reich wie China kann
nicht centralistisch regiert werden, dazu fehlen China alle
Erfordernisse, alle jenen Kommunikationsmittel, die
dazu nötig sind, jenes System von Eisenbahnen,
Posten, Telegraphen, Landstraßen usw., das wir in
Westeuropa finden; dann fehlt aber auch völlig jener
specialisierte Verwaltungsdienst, der in den europäischen
Kulturstaaten eine von einer Centrale aus geleitete einheit-
liche Regierung ermöglicht. Bis her war nicht nur jede
Provinz fast völlig selbständig, sondern auch inner-
halb dieser wieder die kleineren Distrikte und Bezirke.
Dazu kommt, daß die chinesische Verwaltungspraxis eine
Trennung der Verwaltung von der Jurisdiktion und eine
Einteilung der ersteren in verschiedene Ressorts nicht kennt.
Der Vicekönig oder Generalgouverneur ist zugleich für seine
Provinz oberster Richter, Heerführer, Schatzmeister, Steuer-
verwalter, Schulinspektor u. u., und daselbe gilt für ihren
Bezirk von den oberen und unteren Taotais. Selbst das
Militär ist nicht Reichsmilitär, sondern Provinzialmilitär, das vom
Vicekönig in der ihm angemessenen dünkenden Stärke ausgehoben,
ausgebildet und bewaffnet wird. Berücksichtigt man weiter,
daß die Chinesen keineswegs eine gleichartige Rasse sind, daß
die einzelnen Gegenden, was teilweise schon durch die Ver-
schiedenartigkeit des Klimas und der Bodengestaltung bedingt
ist, ihre speziellen Einrichtungen, wirtschaftlichen Verhältnisse
und mit Zähigkeit festgehaltenen Traditionen haben, so
erscheint der Gedanke, von Peking aus durch Ver-
treter fremder Mächte China nach deren Intentionen
regieren zu lassen, geradezu lächerlich. Was will
diese Regierung unter den bestehenden Umständen
machen, wenn in den entfernteren Provinzen, z. B. in
Szechuan, Kansu oder Schensi Beamten und Volk ihren
Anordnungen passiven Widerstand entgegensehen. An eine
Erzwingung ist nicht zu denken. Schon bisher war eine
Durchführung kaiserlicher Erlasse, wenn ihnen der versteckte
passive Widerstand der Beamenschaft entgegentrat,
kaum möglich. Auch das Verhalten der Vicekönige
während des Kriegs mit Japan und während der
jetzigen Krisis liefert dafür ein Beispiel. Es ist gar kein
Zweifel, hätten die Vicekönige die ihnen aus Peking zugehenden
Direktiven befolgt, den verbündeten Truppen wären größere
Einderrisse entstanden; aber jeder Vicekönig und Gouverneur
kam den Erlassen nur soweit nach, als ihm paßte und gut
dünkte.

Alles, was geschehen kann, ist die Absetzung der Kaiserin
und die Zurückführung Kuanghü oder die Einsetzung eines
neuen Herrschers aus der Reihe der zur Nachfolge berechtigten
Prinzen, Umwandlung des Tzung-li-Yamen zu einer Art
Ministerium und Hinwirkung darauf, daß dieses wie auch die
Posten der Generalgouverneure mit sogenannten fremden-
freundlichen Mandarinen besetzt werden, Einrichtung eines
öffentlichen Schatzamts. Vielleicht auch könnten gewisse
Garantien erlangt werden, daß wichtigere Aenderungen
auf dem Gebiet des Zoll- und Steuerwesens sowie des
Handels nur mit Zustimmung der Mächte vorgenommen
werden dürfen.

Doch selbst in dem Falle, daß solche Einsetzung einer
reformfreundlichen Verwaltung gelingt, ist auf baldige Durch-
führung größerer Reformen nicht zu rechnen, denn seit dem

Kriege mit Japan steckt China in stetiger Finanznot, und doch
wird sich die schwebende Schuld durch die Kriegs- und sonstigen
Entschädigungsforderungen, die zweifellos die Mächte stellen
werden, noch beträchtlich erhöhen. Seit 1895 hat China bei fremden
Bankensortien größere Goldanleihen im Werte von beinahe
1050 M. gemacht, dazu kommen noch einige ältere und kleinere
einheimische Anleihen, insgesamt an 1200 M. Da für mehrere
dieser Anleihen 5, 6 und 7 Proz. Zinsen bezahlt werden
müssen, hat China für diese Schuld jährlich ca. 65 Millionen
Mark aufzubringen. Nun betragen aber die Gesamt-
einkünfte des Reichs nur etwa 85 bis 90 Millionen Taels
(eine Etatsausstellung kennt China nicht), also nach jetzigem
Kurs ungefähr 250 bis 270 Mill. Mark. Zu dieser Einnahme
trugen in den letzten Jahren die Seezölle etwa 21 bis
22 Millionen Haitwan-Taels bei, die Grundsteuer 34 bis
35 Millionen, die Vikin- (Inlandszölle) 13 bis 16 Millionen, die
Salzsteuer etwa 15 Millionen Haitwan-Taels; das übrige floß
aus sonstigen kleinen Einnahmen. Für die Ausgaben des Reichs
bleiben demnach nicht ganz 200 Millionen, die schon bisher
nicht genügt und erst recht nicht reichen werden, wenn sich
Chinas Schuld vielleicht infolge der Kriegsentwürdigungen ver-
doppelt. Die Grundsteuer kann, soll nicht der Grund zu neuen
Mißständen gelegt werden, kaum wesentlich erhöht werden, eben-
sowenig die Salzsteuer; so bleiben nur die Vikin- und Seezölle,
und zwar die See-Einfuhrzölle, die China schon seit 1895 um
das Dreifache zu erhöhen strebt. Und zu solcher Erhöhung
wird es zweifellos kommen, wenn sich nicht gar als nötig
erweisen wird, daß die Zölle teilweise auf das Bier- und
Zünfsache gesteigert werden müssen, um Mittel für die not-
wendigen Ausgaben zu schaffen.

So zeigt sich als Folge des chinesischen Kriegs eine
Wirris ohne Ende, ein Labyrinth von Widersprüchen, aus
dem kaum ein Ausweg zu finden ist; nur das eine ergibt
sich mit Sicherheit: eine schwere Schädigung der
europäischen Handelsinteressen, deren Sicher-
ung doch angeblich gerade das Ziel der Politik der West-
mächte ist.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. August.

Der russische Kamerad.

In der bürgerlichen Presse wurde jüngst ein Telegramm
des deutschen Kaisers anlässlich des Regimentsfestes eines
Warschauer Regiments mitgeteilt, in welchem es hieß:

„Ich spreche sie — die kaiserlichen Wünsche — heute um so
freudiger aus, da unsre russischen und deutschen
Kameraden nach alter geheiliger Tradition
nach langer Zeit wiederum Schulter an Schulter
kämpfen.“

Die Presse beeilt sich, zu versichern, daß das Telegramm
in Rußland „hohe Befriedigung“ hervorgerufen habe, und das
gläubig wir ihr aufs Wort. Rußland darf seine Freude
haben an der Unterstützung, die ihm von deutscher Seite zu
teil wird.

Das China-Abenteuer Deutschlands nützt Ruß-
land ebensoviel als es Deutschland schadet. Nicht ohne
Grund hat Rußland dem deutschen Freunde den chinesischen
Oberbefehl gewährt. Denn dieser Oberbefehl auch nicht
auf die „Anregung“ Rußlands zurückzuführen ist, so wäre er
doch nicht denkbar ohne das Protektorat des Zaren.

Die asiatische Angelegenheit ist für Rußland ungeheuer
wichtig, in den nächsten fünfzig Jahren viel-
leicht das Allerwichtigste. Es versteht sich mithin
von selbst, daß Rußland dergleichen wie dem deutschen Ober-
befehl nicht ohne Absicht zustimmt. Rußlands auswärtige
Politik hat stets geschickt verstanden, andre zu benutzen
und vorzuziehen. So treibt es seit Jahrzehnten
Politik auf dem Balkan, und so ist auch zu erklären
die seltene Herzensfreundschaft zwischen dem zarischen Ruß-
reich und der französischen Republik.

Am Bosphorus, am centralasiatischen „Dach der Welt“
und neuerdings in Ostasien stoßen in stets wachsender
Spannung die Interessen Rußlands und Englands aufein-
ander. In England erwartet man mit bebender Spannung
die endliche Niedertwerfung der Boeren, um die Hände für
Asien frei zu bekommen und dann wird man in London aus
einer ganz andern Tonart reden als dies gegenwärtig
geschieht. Man braucht sich nur zu erinnern, in welche Sprache
die russische und die englische Regierungspresse verfiel, als es
sich um chinesische Anleihen handelte, um zu ermessen, was
sich zwischen den beiden Weltreichen entwickeln wird, sobald
England erst wieder Ellenbogenfreiheit hat.

Rußlands weitanschauende Politik kennt diese Gefahren!
Sie ist bemüht, Deutschland bis an den Hals in
die asiatischen Dinge zu verwickeln, damit es
im ersten Augenblick nicht zurückkam und als Breibod
zwischen Rußland und England steht.

Wenn Deutschland ein Staat wäre, in welchem man sich
weniger nach dem militärischen Expansionsbedürfnis als nach
den Fibern der Handelsstatistik richtete, so würde
unsre Politik mit der Englands Hand in Hand gehen.
Wir haben an Großbritannien an Waren ausgeführt:
1897 für 701 Mill. M., 1898 für 808 Mill. M.,
1899 für 851 Mill. M. oder 19,5 Prozent unsrer
Gesamtausfuhr. An Rußland haben wir ausgeführt
1897 für 345 Mill. M., 1898 für 409 Mill. M.,

1899 für 306 Mill. Mark oder 9,1 Proz. unserer Gesamt-
ausfuhr. Trotzdem sind wir sicher, daß Deutschland sich im
Ernstfall auf die Seite des „russischen Kameraden“ schlagen
wird. Dafür sorgt nicht bloß der deutsche Händler-
neid, der die Entfremdung zwischen Deutschland und Eng-
land geschaffen hat, sondern auch die väterlich duldsame Art,
mit der man in Petersburg dem impulsiven Verhängungs-
drang der deutschen auswärtigen Politik gegenüber steht ent-
gegen dem so tödlich verwundenden Spott der Londoner freien
Presse.

Und nicht nur gegen England soll Deutschland in Ost-
asien Rußlands Freundschaft sein, sondern auch gegen
China.

Große eigene Interessen hat Deutschland in Asien
nicht wahrzunehmen — trotz allem Weltmächts-
gepränge. Von Gebietsaufstellungen wollen ja die führenden
Staaten nichts wissen und Länderwerb könnte uns auch
nichts nützen. Dem deutschen Handel mit China, der
erst im Anfang seiner Entwicklung stand, schlagen die
Wirren vernichtende Wunden, wie ja über-
haupt diejenigen Länder sich nahher am besten in Bezug auf
den Handel stehen werden, die die geringste militärische
Selbstschärfe nach drüben gefandt haben. Wir Deutsche sind
schließlich nun wieder einmal „Hannemann, geh Du voran“,
der den andern die Kapitanen aus dem Feuer
holt.

Das alles erklärt, wie der „russische Kamerad“ dazu kam,
Deutschland den chinesischen Deklarations-Oberbefehl
zuzuteilen. —

Der Kreuzzug. Heute fand im Zeughaus die Weihe von
64 neuen beziehungsweise mit neuen Fähnchen versehenen Fahnen
und Standarten — darunter die ostasiatischen — statt. Der
Kaiser war bei der Feier anwesend. Er hielt keine Ansprache. Da-
gegen hielt der Militär-Oberpfarrer Konstantin Wölling eine
Weißerede. Nach der Weihe der übrigen Fahnen fuhr der geistliche
Herr also fort:

Und nun die neuen Fahnen unserer nach China gesandten
Regimenter. Sie haben noch keine Geschichte und doch reden auch
sie zu uns. Sie zeigen die Kaiserkrone und den kaiser-
lichen Namenszug. Das heißt für alle, die unter diesen
Fahnen stehen werden: seid getreu ihm, dem Ihr Euren Eid ge-
schworen, Eurem Kaiser und Kriegsherrn. Wie unsre junge
Marine die deutsche Flagge überall hochhält und zu hohen Ehren
bringt, auch jetzt wieder draußen in China, und wie auch unsre
Seebatalione inzwischen ihre Fahnen im Osten siegreich ent-
falteten haben, so mögen auch nun unsre ostasiatischen
Regimenter ihre Feldzeichen draußen entrollen und mit
dem Willen auf die Fahnen sich lassen: der Reichsadler regt
seine Schwingen, und der altpreussische Fahnenstempel zu seinen
Haupten wird zur Lösung aller deutschen Kämpfe aus Süd und
Nord und West und Ost: Pro gloria et patria (Für Ruhm
und Vaterland). Und endlich das geflamme Kreuz
im Fahnenstich — es mag uns sagen: 'S ist ein Kreuzzug,
'S ist ein heiliger Krieg! Das Völkerecht ist gebrochen, die Ge-
setze der Menschlichkeit sind mit Füßen getreten. Morgen-
ländische Barbaren lehnen gegen abend-
ländische Kultur sich auf. Es gilt dem Ehre und Sieg
von Recht und Wahrheit, von Treue und Glauben,
von Bildung und Sitte. Völker Europas, wahr! Eure
heiligsten Güter! — und kämpfen wir nicht für das Kreuz,
so kämpfen wir doch unter dem Kreuz und mit dem Kreuz
und sind darin getroßt und wissen: So wahr Gott ist und
sein Wort, muß Teufel, Welt und Hölle fort, und was dem
Hut anhangt, endlich doch werden zu Hohn und Spott. Gott
ist mit uns und wir mit Gott, den Sieg woll'n wir erlangen!
Amen!

Und nun senkt diese Fahnen und Standarten vor dem Herrn
der Heerscharen droben! Die auf den Herrn hören, kriegen
neue Kraft, daß sie aufstehen mit Hülfe des Adlers.

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs weihe ich
diese Fahnen und Standarten Pro gloria et patria! als Den-
kzeichen stolzer Erinnerungen, als Wahrzeichen heiliger Ver-
pflichtungen, als Wahrzeichen großer Verheißungen ihren
Truppenteilen hier und draußen zum unvererblichen Eigentum und
hohen Heiligtum im Namen des Vaters und des Sohnes und des
heiligen Geistes! Amen.

Einzelne zeichnete sich das hüßlich-gepanzerte Christentum unsrer
Zeit in solcher Vollendung. —

Erst das Vorspiel. Ein Bericht aus Neapel, wo die „Stutt-
gart“ mit den bei Taku im Kampfe gewesenen deutschen Truppen
aus China gelangt ist, erzählt:

Die Offiziere zeigten sich sehr begierig nach Nachrichten über
den Feldmarschall Grafen Waldersee. Sie erklärten, daß
der Feldmarschall in China noch sehr viel Arbeit vor-
finden werde, denn mit der Befreiung der Gefandten
sei ja erst das Vorspiel des chinesischen Dramas
beendet. Vor allen Dingen habe sich ja noch Deutschland seine
Genugthuung für die Ermordung des deutschen Gefandten zu
holen. In China zitterte man vor der deutschen
Rache.

Nach den Herren Militär würde das Chindrama viele Akte
bekommen. In Deutschland könnten derweilen die Geschäftleute vor
der lausweigernden Rache der Chinesen zittern. —

Neue Säbel, neue Karabiner. An der Herstellung für das
neue Infanteriegewehr M. 98 für die gesamte Armee wird beinahe
lich in den Militärverhältnissen eifrig gearbeitet. Der „Kreuz-
zeitung“ wird berichtet, daß das neue Gewehr auch einen neuen
Infanteriesäbel M. 98 benötige. Der jetzt in Gebrauch be-
findliche lasse sich auf M. 98 als Patronett nicht auspflanzen,
auch sei der neue Infanteriesäbel kleiner als der jetzige. In den
Militärverhältnissen arbeite man zur Zeit ebenfalls an der Herstellung
dieses neuen Infanteriesäbels, indes die Säbeln in Solingen gemacht
würden. Wie zu allen neu eingeführten Gewehren auch ein Kavallerie-
Karabiner gleicher Konstruktion gehöre, so auch zu M. 98. Man
sei in den genannten Militärverhältnissen ebenfalls schon seit
langer Zeit mit der Herstellung eines neuen Kavallerie-
Karabiners M. 98 beschäftigt. Von einem „Unbrauchbaren“ des
jetzigen Karabiners oder des jetzt in Gebrauch befindlichen
Infanteriesäbels könne aber nicht die Rede sein. Derartige
Ausflüchte machten die Offiziere bei jeder Neubewaffnung des
Heers. Wer indes in die Armeearsenale Einblick nehmen könne,
wisse, wie „unbrauchbar“ die Waffen älterer Modelle seien. Es
lagert in den Arsenalen noch eine gewaltige Anzahl der Gewehre
M. 71 und M. 71/84. Wie „unbrauchbar“ diese Gewehre seien,
bewiesen diejenigen Staaten, die Deutschland durch Verkauf derartiger
Gewehre indirekt gegen Deutschland armiert habe.

Dann sei an die Karabiner der gleichen Modelle zu erinnern,
sowie namentlich an jenen im Heere Ende der achtziger Jahre nur
kurze Monate in Gebrauch gewesen seien. Infanteriesäbel
M. 71/84. Dieser noch nageleimte Säbel sei im Grunde alles Effizient,
obwohl für rund 10 Mill. M. Säbel dieser Sorte vorhanden seien.
Gebraucht werde er wohl kaum noch, für M. 98 sei er vollkommen
unbrauchbar. Wenn man bedenke, daß das gesamte Heer mit neuen
Infanteriegewehren, mit neuen Infanteriesäbeln und die Kavallerie
mit neuen Karabinern ausgerüstet werde, so wäre unmöglich nur
von einem „langsamem Ergehen“ der alten Waffen gesprochen
werden. In aller Stille, ohne den Reichstag zu befragen,
arbeite man mit großem Eifer an einer thätigen Neubewaffnung
des Heers.

Eine in Kürze zu erwartende Militärvorlage verlange
dann die Kosten für die zum großen Teil schon fertigen Waffen-

bestände. Wenn demnächst der Reichstag die für den „heiligen
Kreuzzug“ in China schon vorausgabten Gelder zu bewilligen habe,
werde er auch das Vergnügen haben, zu der schon durchgeführten
Neubewaffnung des Heers sein Amen zu sagen. —

Ein ostpreussischer Volkstribunal spielte am Sonnabend,
den 25. d. M., in einem Verleumdungsprozess, der vor dem Zivil-
Gericht stattfand, eine klägliche Rolle. Der konservative Landtags-
Abgeordnete Kossak-Kreu-Weinathen klagte gegen
den Verleger Kossak-Kreu-Weinathen von der litauischen Zeitung
„Kauka Nemijisla Citanga“, weil derselbe geschrieben habe,
Kossak habe deshalb für die Verlegung der für Kossak bestimmten
Präparandenanstalt nach Heidelberg gestimmt, weil dort sein Stief-
vater ein Grundstück besitze, das dann einen höheren Wert erhalten
würde. Kossak erklärte, er werde den Wahrheitsbeweis erbringen.
Das gelang ihm auch in vollem Umfange. Der Reichstags-
Abgeordnete Smalajus sagte als Zeuge aus, daß er bereit sei,
eidlich zu bezeugen, Kossak habe ihm, als er denselben Vor-
haltungen deswegen machte, daß er für die Verlegung der Präpa-
randenanstalt gestimmt habe, geantwortet: „Aber ich muß doch die
Heidelberg sorgen, mein Stiefvater wohnt dort und dessen
Grundstücke würden dadurch teurer.“

Als Zeugen des Vorstehenden antwortete Herr Kossak, er
könne sich auf nichts berufen. Eidlich zu erklären,
daß er die Äußerung nicht gethan, lehnte Herr Kossak
rundweg ab. Nachdem er mit seinem Rechtsbeistand unter
vier Augen sich besprochen, zog Kossak die Klage
zurück.

Ob der Herr, der so merkwürdige Begriffe über die Pflichten
eines Volkstribunals hat, sein Mandat jetzt noch fernerehin aus-
üben wird? —

Sozialistenverteilung durch die Schule. Wie sehr in Ver-
kenntung ihrer wahren pädagogischen Aufgaben und ihrer eigenen
Interessen manche Lehrer noch bemüht sind, sich durch eine un-
günstige Einmischung in den politischen Kampf die Kunst hoher Vor-
leser zu erlangen, beweist der Umstand, daß der Junger Freie
Lehrerverein sein fünfundsingzigjähriges Jubiläum dadurch
besonders würdig zu begehen glaubte, daß er sich von einem seiner
Mitglieder einen Vortrag über das Thema „Der Kampf gegen die
sozialistischen Ideen, beleuchtet vom Standpunkt der Volkss-
schule“, halten ließ. Unter dem wohlwollenden Vorsitzenden der Ehren-
gäste, bestehend aus einem Regierungsdirektor, dem Bürgermeister der
Stadt Jnn und dem geistlichen Ortschulinspektor, vertrat der
Redner folgende Thesen:

1. Die Sozialdemokratie mischt sich auch in Jugenderziehung
und Unterricht; 2. Sie will die Jugend für ihre Ideen gewinnen,
welche abzielen auf Umsturz von Thron, Altar, Autorität
und bestehender Ordnung; 3. Ihre praktischen Erfolge
auf diesem Gebiet sind betrüblich, doch ist sie dadurch zu ver-
doppelter Anstrengung angefeuert worden; 4. Die Pflicht der Schule
ist, diesen verderblichen Prinzipien den Eintritt zu verwehren und
die Kinder aufzuklären über das, was wahr, was wirklich
in der Welt möglich ist; 5. Mittel zu diesem Zweck sind: a) die
Unterrichtsfächer, besonders Religion, Geschichte, Deutsch;
b) die Lehrermethoden; c) Erziehung zu Fleiß, Reinlich-
keit, Sparsamkeit, Arbeitsamkeit, Zufriedenheit;
d) Bekämpfung der Schandliteratur durch gute Jugend- und Volks-
schriften; e) Aufklärung über die Unausführbarkeit
der sozialdemokratischen Ideen; 6. Die Volksschule
ist in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie von höchstem
Werte!

Wenn der betreffende Lehrer durch überschüssigen Thätendrang
getrieben werden sollte, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, so sollte
er die Ueberzeugungskraft seiner Argumente lieber an Erwachsenen
beruhen, statt durch Verleumdung seines Lehramts den ohnehin
nicht überproben Bildungsgrad unsrer Volksschule zu be-
einträchtigen. Die Anständigkeit dieser Methode der Sozialisten-
verteilung sollte überdies auch ihm klar sein. —

Einen Wink mit dem Jumpsahl giebt die Junkerpresse ihren
Lesern für die Behandlung sozialdemokratischer
Agitatoren. Die Verhandlungen der Kreis-Konferenz für Nieder-
barnim und des Brandenburger Parteslags über die Landagitatorien
haben die Junker natürlich in große Aufregung versetzt und man
ergeht sich nun in allerhand Erörterungen über die Gefahr, die dem
„patriarchalischen Verhältnis“ zwischen Landproletariats und
Junkern durch die sozialdemokratische Propaganda droht. Ob-
gleich man sich stellt, als ob die „legendäre Wirksamkeit“
der sozialen Organisation des Patriarchalismus von den Arbeitern
berührt empfunden werde, daß an ihre alle Bekämpfungsvorläufe der
Sozialdemokratie scheitern müßten, verrät man doch gleichzeitig
große Angst, daß der sozialistische Infektionsstoff, sobald er einmal
in den sozialen Organismus eines Junkerdominiums eingedrungen
sei, verheerend um sich greifen könne. So groß ist die Furcht vor
der Ansteckungsgefahr, daß die „Kreuz-Zeitung“ trotz ihrer
Schmerzen über den Ventemangel empfiehlt, sich sozialistische Arbeiter
so bald als möglich vom Halse zu schaffen:

Man soll unsres Erachtens in dem durchaus gerechtfertigten
Versehen, dem Juge in die Stadt entgegenzutreten, nicht zu
weit gehen; Arbeiter, die schon für die Sozialdemo-
kratie gewonnen sind, sollte man mit Vergnügen
ziehen lassen. Es sind uns oft Beispiele mitgeteilt, daß das
Gegenteil mehr schadet als nützt, wie denn auch ein bekanntes
Sprichwort sagt: „Ein sanftes Ei verdirbt den ganzen
Brei.“

Diese Besorgnis geht soweit, daß man sogar in der sonst so er-
sehnten Aufhebung der Freizügigkeit ein Paar gefunden
hat: man könnte ja eventuell die politischen Infektionsträger nicht
schnell genug abschleppen.

Schließlich weiß die „Kreuz-Zeitung“ mit ein Mittel zur Ab-
wehr der Sozialdemokratie:

Man stelle sich fest auf den bestehenden Rechtsboden und
wehre die Sozialdemokratie mit aller Ent-
schiedenheit besonders dort ab, wo es ihr
noch nicht gelungen ist, die Brunnen zu ver-
giften.

Wenn das noch zu dunkel klingen sollte, dem wird der dem Sinn
nach gleiche Rat der „konservativen Korrespondenz“
die Meinung des Junkerblatts offenbaren:

Gleichwohl werden die Bewohner des Platten Landes vor
der neu zu belebenden sozialdemokratischen Landagitatorien un-
ablässig auf der Hut sein müssen. Der oberste
Grundsatz muß bleiben: die Friedensfürer nicht erst in die
Dörfer hereinzulassen. Aus der erwähnten Berliner „Partei-
konferenz“ haben auch verschiedene „Genossen“ gerade auf diese
„unüberwindliche“ Schwierigkeit hingewiesen.

Die „konservative Korrespondenz“ fügt damit auf die Aus-
sichtungen jenes Delegierten an, der erklärte, es geböre viel per-
sönlicher Mut zur Landagitatorien, da man häufig die Genossen
mit Knäpeln und Händen empfangen. Die Knäpeln und
Kettenrunden sind also die ultima ratio der bedrohten Junker,
der „Rechtsboden“ der „Kreuz-Zeitung“.

Nun, die Zahl derjenigen Proletarier, die sich von ihren Herren
auf Sozialdemokraten heben lassen, ist in rascher Zunahme begriffen,
und sich selbst der Gewaltsamkeiten schuldig zu machen, dazu reicht
die Courage der Herren Junker nicht. Das edle Mittel wird also
in den meisten Fällen verfallen, obwohl diese rohen Mittelreize zu
Gewaltsamkeiten in den Kreisblättern alsbald ein noch wirksames
Gepöhl finden werden. —

Dr. Dullo berichtet in der „Königsb. Hart. Ztg.“ die offizielle
Darstellung der „Königsb. Ztg.“ durch folgende Erklärung:

Die mir durch den Herrn Regierungspräsidenten vorgelesene
Ministerialverfügung weist nicht auf die einzelnen Fälle hin, in
denen ich die mir durch meine Amtspflicht gesteckten Grenzen über-
schritten haben soll. Erst als ich in der an die Vorlesung sich anschließenden
Unterredung die Beschuldigung, daß dies geschehen sei, wiederholt
zurückwies, bezeichnete der Herr Regierungspräsident zwei solche Fälle.

Es ist auch nicht richtig, daß ich „über eine Reihe dieser Vor-
kommnisse gehört worden bin und deren Richtigkeit im weitestlichen
Anerkennen habe“. In dem einen der erwähnten beiden Fälle be-
trifft ich vielmehr sofort in ihrem ganzen Wortlaut die mir in
den Mund gelegte und mir jetzt zum erstenmal bekannt gegebene
Aussage. In dem andern Falle habe ich die mir zugeschriebene
Aussage bereits früher in so wesentlichen Punkten richtig gestellt,
daß die wegen derselben eingeleitete Untersuchung damals ein-
gestellt wurde.

Nun hat Herr v. Rheinbaben wieder das Wort. —

Die geräffelten Lehrer. Der Herzogregent von
Mecklenburg hat sich, wie die „Hilse“ mitteilt, veranlaßt ge-
sehen, an die zu einer militärischen Uebung in Schwedt eingesetzten
Lehrer eine Rede zu halten, deren Kontrastwörterlicher Einprägung
durch soldatische Schätze gewürzt ist:

„Vielmehr ist in die Lehrerschaft ein schlechter Geist
eingegeben; die jungen Lehrer, wenn sie vom Seminar kommen, haben
sich ausgebildet, hochgelehrt zu sein, Freiheit und Unver-
schämtheit in ihrer Stellung gezeigt. Das ist falsch, ich hoffe,
daß Ihr das nicht so macht. Sucht Euch Eure Stellung im Leben
zu erlangen durch Achtung der Vorgesetzten und Liebe
der Euch anvertrauten Jugend. Nur dann werdet Ihr Euch wohl
fühlen in Eurem Beruf, aber nicht durch Grobspurigkeit
und unverschämtes Betragen. Gerade der junge Lehrer,
der etwas werden will, der ein geachteter Führer seiner Gemeinde
sein will, hat die Tugenden des deutschen Soldaten
zu pflegen. Ueberlegt Euch das, auf daß Ihr ein Vorbild der
Kinder werdet.“

Die Rede war an Lehrer gerichtet, die sich momentan in der
Ausübung ihrer militärischen Pflicht befanden. Und da der Militä-
torismus die soldatische Ausdrucksweise liebt, würden die Lehrer es
vielleicht nicht allzu sehr empfinden haben, auch vom Herzog-
regenten in soldatischer Manier angeredet zu werden. Aber
der so scharf geäußerte Tadel richtete sich nicht an
die Lehrer ihrer militärischen Aufführung wegen,
sondern gegen die Freiheit, Unverschämtheit und
Grobspurigkeit, die sie nach der Ansicht des Redners die
Lehrer in ihrem dienlichen Civilverhältnis zu Schülern
kommen lassen. Ob diese Mahnung, von ihrer allgemeinen Berech-
tigung oder Richtberechtigung ganz abgesehen, gerade am entsprechen-
den Ort, zur entsprechenden Zeit und in der entsprechenden Form
geäußert worden, darüber dürften die Lehrer ihre eigene Meinung
haben. —

Ungeeignet für einen verantwortlichen Posten. Das ist
jetzt einem großen antijewischen Helden in Dresden gerichtlich be-
stimmigt worden. Auch die größere Öffentlichkeit erinnert sich wohl
noch des Papierhändlerlehrens Leberecht Hartwig aus Unterdorf in
Sachsen, der von 1884—87 als Vertreter von Dresden-Altschad im
Reichstag eine ziemlich löbliche Rolle spielte. Seitdem hat der
Herr in Dresden eine mehr lokale Existenz als Antijewenfürer,
Händlerrepublikant und Führer der Hausgärtner gespielt. Bei der Wahl
1896 kandidierte er für die Antijewen im 6. sächsischen und 1898 im
20. sächsischen Kreise. Zur Zeit ist er Vizevorsitzer des Stadt-
verordneten-Kollegiums in Dresden, in das er als Kandidat der
antijewischen Hausbesitzerklasse gewählt worden ist.

Herr Hartwig hat sich jetzt vor Gericht mit einem Herrn Vargou
auseinandergesetzt, wobei sehr schmutzige Grundstückspekulationen
eine Rolle spielten. In den Gründen des schließlich gefällten Urteils
heißt es, es sei festgestellt worden:

„Daß Hartwig ein gegebenes Wort trotz aller Mahnungen und
Verfügungen von Behörden nicht gehalten hat; daß er aus der
ganzen Angelegenheit materiellen Nutzen zu ziehen suchte, daß er
sich nach den im gewöhnlichen Leben geltenden Begriffen einer
„Schlebung“ schuldig machte, daß er seine moralische Verschlingung
andern gegenüber verlegt hat, und daß man nach alledem
die Ansicht Vargous, Hartwig gehöre nicht auf den verantwort-
lichen Posten eines Stadtverordneten-Vizevorsitzers, für berechtigt
habe annehmen müssen.“

Herr Hartwig erscheint demnach sehr geeignet, die Bekannte, in
antijewischer Erbpacht befindliche „deutsche Treue“ vor dem ge-
legenden jüdischen Einfluß zu bewahren. —

Bürgermeister kontra Minister. Aus dem Großherzog-
tum Sachsen-Weimar schreibt man uns: Daß in der
Sozialistenbekämpfung nicht alle Bürgermeister unsres Ländchens
mit dem Herrn v. Wurmb einverstanden sind, wurde jetzt treffend
in einer öffentlichen Bürgerversammlung in Eisenach zum Ausdruck
gebracht. Die Bürgermeister werden im Großherzogtum nicht vom
Gemeinderat, sondern von der Bürgerkammer gewählt, und es ist
sehr zu bedauern, daß die betreffenden Herren sich vor einer Wahl in einer
öffentlichen Versammlung vorstellen und ihr Programm entwickeln. Bei
dieser Gelegenheit äußerte sich Dr. v. Petzow, zur Zeit noch Bürgermeister
in Apolda, welcher sich zu der salauten Oberbürgermeisterstelle in
Eisenach meldete, wörtlich:

„Eduard der äußeren Ordnung ist die Aufgabe der
Polizei. In jüngerer Zeit ist sie viel angefochten worden
wegen der Verbote politischer Versammlungen. Ich,
meine Herren, bin der Meinung, daß man gegen
geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen kämpfen
soll. In einem Lande, das mit Recht stolz ist auf seine
klassischen Traditionen, auf seine großen Geistesherren, dessen
unsterbliche Dichterkünste einer seinen Macquis Posa aus-
rufen läßt: „Geben Sie Gedankenfreiheit!“ — braucht man
die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Die Versammlungs-
freiheit ist ein meist verfassungsmäßiges Grund-
recht aller deutschen Staatsbürger. Es muß
respektiert werden auch ohne Vereinsgesetz. Darum
muß ich grundsätzlich Bedenken tragen, die Polizei in den
Kampf der Geister eingreifen zu lassen, die Polizei in die politische
Arena zu führen.“ — Und diese Wahrheit muß sich der Minister
v. Wurmb von einem Bürgermeister sagen lassen! —

Schredliche Folgen der Chinawirren. Aus dem Reichs-
Landesparlament man uns: An die weitere Geschichte von unserm
Landesparlament, dessen Session seiner Zeit nicht geschlossen werden
konnte, weil das Reichsoberhaupt sich auf Keilen ins gelobte Land
befand und die kaiserliche Schließungsorder deshalb nicht rechtzeitig
zu beschaffen war, erinnert ein Ergebnis, über welches die
gouvernementale „Reger Zeitung“ aus dem lothringischen Industrieort
Algringen das folgende berichtet:

Für letzten Sonntagmittag hatte der hiesige Arbeiter-
verein das Weichsel seiner neubeschafften Fahne
angelegt und dazu viele auswärtige Vereine eingeladen, die auch
größtenteils diesen kameradschaftlichen Aufse gefolgt waren. Auch
vor der Feler traf die Nachricht ein, die Weibe müsse unter-
bleiben, da die Genehmigung von allerhöchster
Stelle aus nicht erfolgt sei. Darob allgemeine Ver-
blüffung beim festgebenden Verein und den fremden Gästen. Ihnen
gab der Kreisdirektor von Diedenhofen, der herbeigeeilt war,
die beruhigende Versicherung, daß die unliebsame Verzögerung wohl
auf die durch die politischen Wirren bedingte außer-
gewöhnliche Zuanpruchnahme des Landesherren
zurückzuführen sei. Außerdem laun aber wohl auch angenommen
werden, daß bei Beschaffung und Anmeldung der betr. Fahne einige
große Unterlassungssünden begangen wurden. Im übrigen verlief
das Fest, obwohl die Fahne nicht hatte enthüllt werden können, aufs
beste. Auf dem Festplatz herrschte die kameradschaftliche Stimmung,
Hoffentlich wird die kaiserliche Genehmigung zur Weibe bald ein-
treffen.“

Wir begreifen die „allgemeine Verblüffung“ der guten Wärringer.
Ist doch unsre ganze Welt- und Chinapolitik nicht so viel wert, daß
sie deshalb um ihre schöne Fahnenweiße gekümmert sind. —

Der Tabak als Weltgeist. Ueber die Anpfropfung der
evangelischen Jünglingsvereine singt in der „Deutsch-
Evangel. Kirchen-Zeitung“ ein Pastor Girtou eine trübselige
Litanei:

Die Jünglingsvereine haben nicht gehalten, was man sich von ihnen versprochen hat. Die Jünglingsvereine sind in den Sumpf geraten, weil sie nicht auf Befehle dringen. Ein Geistlicher, der jahrelang einen Jünglingsverein hatte, sagte mit Genugthuung: „Velehr ist keiner davon“, und dann reiste er nach London zur internationalen Jünglingskonferenz. Wenn auf den Jahresfeiern die erbauliche Ansprache vorüber ist, dann geht es in die Welt: ins Spielen, Trinken, Rauchen! Das ist das Wilschmaich-Christentum, die Sünde Wilschmaich; der Weltgeist ist eingedrungen. Viele Leiter sind beherzigt vom Weltgeist, vom Bier und Tabak. „Beim Bier und der Cigarre jingt man: Meine Seele harre.“

Wie schrecklich, daß die braven Jünglingsvereiner, statt in christlicher Enthaltsamkeit ihr Seelenheil zu bedenken, sich vom Weltgeist, d. h. von Bier und Tabak beherzigen lassen. Freilich soll der Weltgeist in Gestalt einer mächtig qualmenden Tabakspitze zuweilen auch schon ins Allerheiligste der Pastoren selbst, die sogenannten Studierstube, gedrungen sein. Es giebt sogar Leute, die sich das Interieur eines Pastorenhauses gar nicht ohne ein Paar Riesenexemplare von Pfeifen vorstellen können.

Für den Ernst, mit dem manche Seelenhirten die Seelenrettung der jugendlichen Schäflein betreiben, ist übrigens die Fahrt seines Pastors zur internationalen Jünglingskonferenz charakteristisch, der noch keinen Bescheid zu haben erklärte.

Ausland.

Ostreich-Ungarn.

Zur rumänischen Frage. Wien, 30. August. Graf Goluchowski hatte heute vormittag in Jichl eine längere Audienz bei dem König von Rumänien. Wie berichtet wird, vertrat Graf Goluchowski in dem rumänisch-bulgarischen Konflikt vollständig den Standpunkt Rumaniens und hat dem König zugesichert, im Verein mit Rußland in Sofia auf diplomatischem Wege Vermittelnd einzuwirken.

Frankreich.

Holl auf Kaffeebohnen. Präsident Loubet hat ein Dekret unterzeichnet, durch welches festgesetzt wird, daß der Minimaltarif für den Holl auf Kaffeebohnen in Italien bis zum 31. Dezember d. J. auf Erfolge aus deutschen und dänischen Kolonien und Schutzgebieten Anwendung finden soll.

Rußland.

Finanzminister Witte ist, wie aus Petersburg gemeldet wird, nach Berlin abgereist. „Sinar“ meldet, daß Witte am Sonntag in Paris eintreffen werde. Ratschlich hängt der Besuch mit Rußlands Ansehensbedürfnis zusammen.

Rumänien.

Heber bulgarische Vegetationen befragt sich die Agence Roumaine. Nach ihrer Darstellung ist an mehreren Punkten des bulgarischen Küstengebietes, namentlich in Rußschan, der Uebertritt nach Bulgarien den Inhabern von Wäsen, welche von der bulgarischen Geländehaft ordnungsgemäß visiert sind, streng untersagt. Den Beamten der rumänischen Schiffahrtsgesellschaft in Rußschan ist verboten worden, die Pontons zu verlassen und sich in ihre Bureaus zu begeben, so daß sie ihre Papiere und Bücher im Stütz lassen mußten. Auch in Widin wurde die Mannschaft eines rumänischen Postschiffes an der Landung gehindert. Der Minister des Auswärtigen beauftragte infolgedessen telegraphisch den rumänischen Geschäftsträger, durch eine der bulgarischen Regierung heute zu überreichende Note gegen diese vegetatorischen Maßnahmen Einspruch zu erheben, durch welche nicht nur die Rechte und Interessen Rumaniens, sondern auch die internationalen Vertragsbestimmungen über die freie Schifffahrt auf der Donau verletzt würden.

Diese heillosen Vorfälle Bulgariens werden den Konflikt kaum wieder abtun werden lassen, sie sind nur vereinzelte Zwischenfälle, die vor Beendigung der Schlacht gewechselt werden. Wichtige Einstellung der Feindseligkeiten ist allerdings fürs erste nicht zu erwarten.

Der Minister des Auswärtigen, Marghilomann, begiebt sich als Specialgesandter nach Konstantinopel, um dem Sultan zu seinem Regierungsjubiläum die Glückwünsche der rumänischen Regierung zu überbringen.

Afrika.

Vom Boeren-Krieg liegen heute wieder nur unbedeutende Nachrichten vor. Nach der Besetzung von Mahadodorp ist der Kampf einzuweilen zum Stillstand gekommen. Die Boeren sind zwar auf dem südlichen Teil ihrer Kampfeslinie über die Eisenbahn nordwärts zurückgedrängt worden, allein ihre nördliche Stellung scheint noch behauptet zu werden, auch haben höchst wahrscheinlich die verworrenen Boerenabteilungen jenseits der Bahn wieder eine Position eingenommen. Da das Terrain den Engländern die gleichen Schwierigkeiten bereitet, wie das durch Buller nunmehr nach vierstägigem Kampf besetzte, so dürften sich dem weiteren Vormarsch der Engländer große Schwierigkeiten entgegenstellen.

Dem General French wird die Aufgabe zuzufallen, von Capfontein aus eine Ueberflügelung der Boeren im Norden zu versuchen.

Ueber das Gelände der bevorstehenden Kämpfe wird der „Köln. Zeitung“ berichtet:

Das große Hochplateau, welches den Freistaat und den südlichen sowie östlichen Teil Transvaals umfaßt, fällt von Johannesburg allmählich über Pretoria nach Norden und über Rustenburg nach Nordwest zum Vordröf ab. Das Vordröf beginnt wenige Meilen nördlich von Pretoria, im Osten erstreckt es sich auf den südlichen Bezirken Transvaals nach Norden weit über Ermelo hinaus, um ziemlich unmittelbar im Bezirk von Verberton abzufallen. Die Stadt Middelburg liegt noch auf der Hochebene, aber nur wenig nördlich beginnt auch hier das Tiefland, das Vordröf. Das Vordröf ist der südäthiopische Wald, dessen Bäume von Dornen strotzen und durch den man nur auf gebahntem Wege ungekräftigt reiten kann. Der Boer nennt sehr bezeichnenderweise einen der dort vorkommenden Bäume „Wart ein bißchen“, denn die hakenförmigen Dornen dieses Baumes halten jeden unvorsichtigen Wanderer unerbittlich fest und zwingen ihn, will er sich nicht die Kleider zum Leibe reißen, sich mit Geduld aus seinen Umarmungen zu lösen. Der Boden unter den höchstens zehn bis zwölf Meter hohen Bäumen ist mit fast mannshohem Gras bewachsen. Den Sommer hindurch ist das Vordröf meist unbewohnt. Herrenlos sind die Gebiete jedoch nicht, auch bleiben, freilich in geringer Zahl, Farmer während des Sommers dort. Weiß aber gehört dann der ruhende Wald dem Wild. Je weiter die englischen Truppen ihren Vormarsch fortsetzen, um so näher kommen sie jetzt, d. h. zu der Zeit, wo man das Vordröf ganz meiden, den ungesunden Gegenden Transvaals. Aber das Klima ist nicht der einzige Feind, der sich ihnen entgegenstellen wird, denn in der Hochebene erheben sich Gebirge zum Teil wilder Art. Nördlich von Middelburg liegen die Jontvansberge, die ich persönlich nicht gesehen habe, deren Geländehaftigkeiten aber aus den Kämpfen der Boeren gegen unbonnähliche Kaffernstämme zur Genüge bekannt sind. In diesem zerstückelten Gebirgslande ist abseits der mit unendlicher Mühe gebahnten Wege jedes Fahrzeug, ja selbst jedes Reiter unmöglich, und die Straßen haben ein derartiges Gefälle, daß Fuß- und Reitweg nur unter den größten Anstrengungen und mit der peinlichsten Vorsicht zu bewerkstelligen sind. Das Klima aber in den Niederungen mordet während der Sommermonate Menschen und Tiere in gleicher Weise. Selbst Gie, deren Widerstandsfähigkeit bekannt ist, sterben hier wie die Fliegen. Die Aussichten für den englischen Soldaten sind auf solchem Boden nicht rosig. Kein Gelände eignet sich zum Guerillakrieg besser, als diese wilden Gebirgsgegenden. Der Anmarsch der englischen Kolonnen muß sich auf den wenigen vorhandenen

Wegen vollziehen; er wird schon in weitem beobachtet; keine in unzugänglichen Felsen aufgestellte Truppe können ungekräftigt ihre rachsüchtigen Gewehre nach Herzenslust spielen lassen, den Gegner nachts beunruhigen, seine rückwärtigen Verbindungen bedrohen. Kleinere Abteilungen setzen sich einfach dem Verderben aus. Die tropische Hitze wird einen Massenkonsum von Wasser bei den marschierenden Truppen veranlassen und in der Folge, zusammen mit dem Aufenthalt und Schlaf in Zeiten auf dem feuchten Erdboden, Maffenerkrankungen an Malaria mit Wahrscheinlichkeit herbeiführen. Die Kavallerie, Artillerie, Kolonnen aller Art werden mit noch stärkeren Pferdeverlusten zu rechnen haben, als es bisher schon der Fall war in gesunderem Klima. Freilich werden unter dem Klima und der Unwegsamkeit des Geländes auch die Boeren zu leiden haben, aber doch weniger als die Engländer, die dem Klima gar nicht angepaßt sind und den Eigentümlichkeiten des Terrains vollständig fremd gegenüberstehen.

Eine überraschende Meldung kommt aus Maseru vom 30. August. Sie lautet:

Jeden Augenblick ist ein Angriff auf Ladbrand zu erwarten. Man steht die Wachtfeuer der Boeren auf den Bergen. Die hiesigen Militärbehörden haben beschlossen, Ladbrand gegen den Feind zu halten.

Ladbrand liegt im Südosten des Freistaats an der Vaalzugrenze. Sollte auch hier wieder der Aufstand sein Haupt erhoben werden? So weit in seinem Rücken würde Lord Roberts jedenfalls keinen Feind mehr vermutet haben.

Partei-Nachrichten.

Die Vorbereitungen für die Abhaltung des Parteitag sind im besten Gange. Die Bekräftigung, daß der in diesem Jahre besonders starke Fremdenverkehr in Mainz der Unterbringung der Delegierten Schwierigkeiten bereiten werde, erweist sich glücklicherweise als nicht begründet. Es sind der Wohnungscommission eine große Anzahl billiger Privatquartiere zur Verfügung gestellt worden. Die Verhandlungen werden in der Stadthalle stattfinden, einem unmittelbar am Rhein gelegenen Prachtbau, dessen Riesenaal 6000-7000 Personen faßt. An Platz wird es also dem Parteitag diesmal nicht fehlen. Grobhartig dürfte sich in diesen mächtigen prächtigen Räumen die für Sonntag, den 16. September geplante Versammlung gestalten. Als Redner sind die Genossen Bebel und David vorgesehen. Den Höhepunkt der musikalischen Darbietungen wird eine dem Mainzer Parteitag zur Erinnerung an die 26-jährige Vereingung der Sozialdemokratie Deutschlands gewidmete Neukomposition des Herwegh'schen Bundesliedes „Viel und Arbeit“ bilden. Der Komponist ist der bekannte Freund Richard Wagner, Wendelin Weichsäimer, der auch in näherem Verkehr mit Ferdinand Lassalle gestanden hat. Herr Weichsäimer ist für einige Wochen aus der Schweiz in seine rheinische Heimat gekommen, um die Einstudierung des Festliedes, an dem die Arbeiter-Gesangsvereine aus Mainz, Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt mitwirken werden, persönlich zu leiten; Er beabsichtigt noch eine weitere Komposition für Massendör, das Tenorsänger von Heinrich Heine, unter seiner persönlichen Diction auf der Versammlungsfest zum Vortrag zu bringen. Unter den zur Aufführung gelangenden lebenden Bildern darf eine sicher sein, mehr als alle andern auf die Gemüter zu wirken. Es stellt die Einigung der Eisenarbeiter und Lohndarbeiter dar und ist ein Vermächtnis — Wilhelm Liebknecht! Er hat die Idee dazu gegeben und die Ausführung derselben in einem wenige Tage vor seinem Tode geschriebenen Briefe skizziert. Unter unvergleichlicher Klarheit nahm aber an allem Teil, was in der Partei vorging. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen, sich an der Darstellung seines Bildes zu erfreuen. Wir werden es betrachten mit Trauer im Herzen um den Hingegangenen und zugleich mit stolzer Freude über das imilde verkörperte Werk der Einigung, das dank seiner hervorragenden Mitarbeit so gewaltige Folgen gehabt hat.

Zur Frage der Landtagswahlen. Eine Parteiverammlung in Frankfurt a. M. beschloß, die Beteiligung an den Landtagswahlen zu befürworten.

Die Parteiverammlung in Wilhelmshagen stellte sich auf den Standpunkt, daß wir bei jeder Gelegenheit mitzukämpfen haben, jedoch ohne Kompromisse.

Ueber eine Trauerfeier für Wilhelm Liebknecht in Cleveland, Ohio. Vereinigte Staaten von Amerika, wird uns von dort geschrieben:

In der am 12. August stattgefundenen Versammlung des Lokalvereins Cleveland (Sozialdemokratische Partei) wurde folgendes Bescheid beschlossen zum Andenken an unseren dahingegangenen Genossen W. Liebknecht einem Komitee zwecks Veröffentlichung im Central-Organ „Vorwärts“, Berlin, übergeben:

Wilhelm Liebknecht, der Soldat der Revolution, wie er sich selbst einst stolz vor dem Gericht genannt, hat seinen Tribut dem Leben gezollt; er ging dahin. Die stolze Erde ist erfüllt, Millionen von Proletariern, für die er über 30 Jahre gekämpft und gerungen, um ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, für die er jahrelange Kerkerhaft, Verfolgungen und Entbehrungen aller Art erduldet, trauern über den dahingegangenen Freund und Führer. Die Klassenbewußten Arbeiter zweier Welten vereinigten ihre Klagen über den großen Verlust, der sie betroffen.

Wohl weißt der alte unergante Kampf nicht mehr unter den Lebenden, doch sein Geist, seine Worte, seine Werte, werden leben, lange noch, nachdem seine Ideale, für die er ein Leben lang gekämpft, verwirklicht sind.

Geloben wir uns daher an seiner Bahre, über der sich die roten Fahnen heben, die er so oft der Klasse, der er sein Leben geweiht, zum Kampfe voranzutragen, daß wir sein Andenken ehren, indem wir das große Werk vollenden und nicht eher ruhen, bis vom Volke die letzte Freiheitschlacht gewonnen ist.

J. A.: Das Komitee.

Zur Landtagitation wird dem deutsch-österreichischen Parteitag eine Resolution der Parteivertretung vorgelegt werden, wonach die Partei für praktische landwirtschaftliche Reformen eintreten soll. Die 1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Verteilung der Bodenprodukte abzielt, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volkfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzender gerichtet sind, also: Aufhebung sämtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Barrechte, Fideikommiss, Proprietäten, Wahlurten), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesamtheit zu gute kommende Forderung der Bodenkultur, sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrerleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Waldschadverbesserungen, Drainagen, Gewinnung wässriger Ländereien für die Kultur usw.), Errichtung von landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und Unternehmungen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischschlacht, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachten für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirtschaftlichen Unterrichts, Wahrung der Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegen die Ueberverteilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn;

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gefährdungen, landwirtschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeiter-Genossenschaften, volles Wahlrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe analog den Gewerbeämtern mit der Befugnis der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohns, der Pachtverträge und dergleichen.

Kongress der Sozialdemokratie Italiens.

Der Kongress wird, wie wir früher mitteilten, vom 8. bis 10. September in Rom stattfinden. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Prüfung der Mandate; Wahl des Präsidenten.
2. Bericht der Parteileitung (Referenten: Bertini und Bertini).
3. Politische und wirtschaftliche Organisation (Referent: Cicotti).
4. Parlamentarische Tätigkeit der sozialistischen Kammergruppe (Referent: Costa).
5. Tätigkeit der Partei in den kommunalen Verwaltungen (Referent: Bonomi).
6. Mindest-Programm der Partei (Referenten: Turati, Treves, Sambucio).
7. Taktik (Referent: Terzaglio).
8. Presse (Referent: Angiolini, Bissolati).
9. Die Auswanderungsfrage (Referenten: Cabini, Maino, Rondani).
10. Wahl des Exekutivsausschusses.
11. Ort und Zeit des nächsten Kongresses.

Politikliches, Gerichtliches usw.

— **Der Herr Assessor duldet's nicht.** In der im Königreich Sachsen gelegenen altenburgischen Enklave Auhof, einem kleinen Dorf mit durch und durch sozialdemokratischer Bevölkerung, wollten die Parteigenossen eine Versammlung abhalten, in der ein Vertrauensmann, sowie Delegierte zum Altenburgischen Landesparteitage gewählt werden sollten.

Ein Versammlungsgebot giebt es in Altenburg nicht, sondern nur einige Verordnungen gegen den Mißbrauch des Versammlungsrechts, und es liegt vollständig in der Willkür der Beamten, wie sie verfahren wollen. Die fragliche Versammlung wurde nun von dem Stellvertreter des Landrats, einem Assessor v. Thümmel, Uniallich sächsischen Ursprungs, verboten mit einer Begründung, in der es heißt:

„Die Polizeibehörde hat aber ihre Tätigkeit nicht bloß darauf zu beschränken, bereits entstandene Unruhen zu unterdrücken, sondern sie hat besonders ihr Augenmerk darauf zu richten, daß Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung thunlichst vermieden werden. Die Tendenz der sozialdemokratischen Partei ist aber ganz offensichtlich auf den Umsturz der bestehenden staatlichen Ordnung, der Schwärzung des Klassenbasses und der Erregung von Unzufriedenheit, mithin auf die Störung der öffentlichen Ruhe gerichtet. Es kam daher von den Behörden nicht geduldet werden, daß auf Parteitag, öffentlichen Versammlungen die Erreichung dieser Ziele beraten und von gewissenlosen Agitatoren gepredigt werden, die nur die Unzufriedenheit der weniger gebildeten Volksschichten um ihres eigenen Vorteils willen zu säuern beabsichtigen.“

Es erwacht vielmehr den Behörden die Verpflichtung, nicht durch diese Veranstaltungen selbst, sondern auch jegliche öffentliche Versammlung, die eine Vorbereitung der erdgedachten Veranstaltungen bezweckt, gemäß § 3 der höchsten Verordnung vom 23. Januar 1888 zu untersagen.“

Der Herr Assessor wird sich bei Verstandern, wenn nun die Auhof'sche Parteigenossen, wie sie das schon manchmal zu thun gezwungen waren, nach dem freien Land Sachsen auswandern und dort unter Tuldung der Behörden die Unzufriedenheit der weniger gebildeten Volksschichten säuern. Er wird dann wohl die Behörden seiner Heimat der Förderung des Umsturzes anklagen.

— **Wegen Verleibung einer Debatte** verhandelte die Herren-Strassammer in Kiel gegen die Genossen Korn, Meßbein und Müller. Das Urteil lautete gegen Korn auf 200 M., Meßbein auf 60 M. und Müller auf 50 M. Geldstrafe. Der Nebenklägerin wurden anßerdem 200 M. als Aufschädigung vom Gericht zugesprochen.

China.

Während wirklich anklarende Nachrichten andauernd ausbleiben, ergiebt sich die Reporterphantastie in allerlei wüsten Schilderungen von chinesischen Grausamkeiten und neuen Schladten. Zu diesen Erzeugnissen englischer Sensationslust zählen fiederlich die beiden nachfolgenden Nachrichten aus Shanghai über London:

„Daily Telegraph“ berichtet aus Shanghai, daß die Chinesen am 23. August eine große Niederlage bei Tschichu erlitten haben. Prinz Tuan und 1500 Mann sollen gefallen sein, die übrigen seien von den Japanern aus der Provinz Tschichu hinausgetrieben worden.

Die „Standard“ aus Shanghai von gestern meldet, soll Huanzikai einen großen Sieg über die Boer und die kaiserlichen Truppen von Peitsang und Hosiwu davongetragen haben. 1500 Mann sollen gefallen sein.

Diplomatisches Oberkommando.

Die Zweifelhaftheit der Waldsee-Fahrt als einer militärischen Expedition veranlaßt jetzt den Versuch, dem Weltfeldmarschall nach seiner Ankunft in China eine große politische Rolle anzudeuten. Nach der offiziellen Wiener „Polit. Korresp.“, die dem Bundesnachbarn in seiner Not eine Gefälligkeit erweisen will, soll in den diplomatischen Kreisen die Meinung, die Aufgabe des deutschen Feldmarschalls könnte durch die Entdeckung der Verhältnisse einen vornehmlich politischen Charakter gewinnen, immer tiefer Wurzel schlagen. Wie die Mächte darauf bedacht sein müssen, für die Einheitlichkeit der Führung eines etwaigen längeren Feldzuges Sorge zu tragen, so ergiebt sich für sie nunmehr die Notwendigkeit, die Einheitlichkeit ihres Vorgehens auch in diplomatischer Beziehung zu sichern. Aus diesem Bedürfnis nach Vereinigung des Meinungs-austausches zwischen den Führern der politischen Kampagne und nach Herstellung eines harmonischen Zusammenwirkens durch eine der beteiligten Persönlichkeiten könnte sich nun eine Rolle entwickeln, die sich, wie ein Diplomat sich ausdrückt, gewissermaßen als die eines diplomatischen Oberkommandanten bezeichnen ließe. Es ist nicht bekannt, ob man in Deutschland den Ehrgeiz hegt, diese Rolle zu erlangen, an sich aber ersehnt ein militärisch-diplomatischer Vorträger des deutschen Reichs, vielleicht gerade weil dasselbe unter den an der asiatischen Frage im allgemeinen beteiligten Mächten nicht in vorderster Linie steht, für eine solche ausgleichende und vermittelnde Tätigkeit gerührt nicht als ungeeignet.

Diese Auslassungen erweisen lediglich die Verlegenheit, in die sich Deutschland durch den Waldsee-Zug gebracht hat. Daß die Mächte, die den militärischen Oberkommandeur nur anerkannten, weil er überflüssig geworden war, einen diplomatischen Befehlshaber dulden würden, ist eine grotesk-lächerliche Annahme. Ganz abgesehen davon, daß ein deutscher Feldmarschall, ein so großer Kriegsheld er sein mag, doch nicht so nebenbei auch als Diplomat unter gänzlich fremden Verhältnissen eine führende Rolle spielen kann.

Uebrigens wird nun auch aus Paris die Ueberflüssigkeit Waldsees in China bestätigt; es wird von dort gemeldet:

„Die hiesigen Regierungskreise halten daran fest, daß die militärische Seite der chinesischen Frage gelöst ist und daß wichtigere militärische Operationen nicht mehr bevorstehen. Die Aufgabe des Grafen Waldsee gilt hier deshalb mehr als eine diplomatische, um die Einigkeit unter den internationalen Befehlshabern aufrecht zu erhalten.“

Saltung der Mächte.

Ueber die Verhandlungen der Mächte liegen nur gänzlich unbeglaubigte und widerspruchsvolle Nachrichten vor, die es sich nicht verlohnt zu verzeichnen. Insbesondere Amerika scheint an einer möglichst milden Lösung der Krise festzuhalten. Aus Washington wird vom 30. August gemeldet:

Infolge einer gestern abend abgehaltenen Konferenz beschloß Mac Kinley, heute morgen einen Ministerrat abzuhalten, um über die von den europäischen Mächten mitgeteilte Note zu beraten. Es verlautet, daß die Regierung, welcher der Ton der europäischen

Note missfalle, beabsichtige, den General Chaffer und die amerikanischen Truppen aus China sofort zurück zu berufen.

Weiter liegen folgende Meldungen über die militärischen Pläne Amerikas und Englands vor:

Washington, 30. August. Im Kriegsdepartement wird erklärt, es würden Vorbereitungen getroffen, um während des Winters 5000 Mann, nicht 15 000, wie es früher hieß, in China zu belassen. Diese Vorbereitungen würden nur als Vorkehrungsmaßregeln gegen ein mögliches Fehlschlagen der vorgeschlagenen Friedensverhandlungen getroffen.

London, 30. August. Wie der "Daily Mail" aus Hongkong von gestern gemeldet wird, ist dort vom General Gaselee die telegraphische Mitteilung eingegangen, daß es nicht nötig sei, noch mehr Truppen nach dem Norden zu senden. Der Abmarsch der 4. Brigade unterbleibt daher.

Japan. Japans Festsetzung in Amoy hat, so weit zu erkennen, bei den Mächten keinen Widerspruch hervorgerufen. Es verlautet, daß 12 000 Mann japanischer Truppen von Formosa nach Amoy überföhen.

Deutsch-englische Eifersucht. Die "Times" melden aus Shanghai: Zwischen einer deutschen Bank und dem Vizekönig Chang-Schüung schwanden gegenwärtig Verhandlungen wegen einer Anleihe von einer Million Taels. Als Garantie sollen gewisse industrielle Unternehmungen des Vizekönigs dienen. Die "Times" bemerken dazu: "Es werde dem britischen Unternehmungsgeist nicht zur Ehre gereichen, wenn eine solche Transaktion mit fremdem Kapital im Herzen unserer Einflußsphäre abgeschlossen wird, wenn die angebotene Sicherheit gut genug ist für deutsche Kapitalisten, sollte sie auch gut genug für ihre englischen Konkurrenten sein. Wenn eine deutsche Firma einem Vizekönig unter die Arme greift, wird dieser sicherlich die Gelegenheit ergreifen, seine Dankbarkeit zu betätigen. Was würden die deutschen Zeitungen von einer britischen Firma sagen, die es unternähme, einem der hohen eingeborenen Beamten in Schantung finanziellen Beistand zu gewähren."

Das Ende v. Kettlers. Zur Ermordung des Herrn v. Kettler erhält der jetzt eingetroffene "Haf. Lloyd" ein vom 2. Juli datiertes Schreiben folgenden Inhalts:

Der britische Konsul in Tientsin hat am 30. Juni einen Brief vom englischen Gesandten in Peking, Sir Claude Macdonald, erhalten, in dem der Tod des deutschen Gesandten, Freiherrn v. Kettler, bestätigt wird und einige Einzelheiten über die Umstände gegeben wurden, unter denen der Mordanschlag verübt wurde.

Danach hatten die Gesandten am 19. Juni vom Tzung-li-Namen die Mitteilung erhalten, der General-Gouverneur von Tschili habe telegraphisch, der Dogen des Konsularkorps in Tientsin habe erklärt, daß, wenn die Leichensache nicht bis 2 Uhr nachmittags jenes Tags übergeben seien, sie fortgenommen werden würden. Das Tzung-li-Namen müsse daraus entnehmen, daß die fremden Mächte an die Aufstellung Chinas gingen. Unter diesen Umständen hätten die Gesandten in 24 Stunden Peking zu verlassen; nach dieser Zeit könnte ihnen kein Schutz mehr gewährt werden. Die Gesandten antworteten dem Tzung-li-Namen, daß sie die Sache nicht verstanden, das Konsularkorps in Tientsin könne eine derartige Forderung nicht stellen; gleichzeitig baten sie um eine Unterredung mit den Prinzen Ching und Tuan. Als auf diesen Brief keine Antwort kam, bestand Freiherr v. Kettler darauf, ins Tzung-li-Namen zu gehen. Er nahm seinen Dolmetscher Cordes mit und wurde dann auf der Straße von den Soldaten niedergeschossen. Wahrscheinlich ist er auf der Stelle tot gewesen. Als auf die Kunde von dem Vorfall 50 Seefeldaten an den Ort der That kamen, fanden sie die Leiche nicht mehr.

Letzte Meldungen. Washington, 30. August. (Telegramm des Renterischen Bureau.) Während von antlicher Seite nichts über die lange gestrige Sitzung des Kabinetts verlautet, gewinnt die Anschauung an Boden, daß es sich bei der Beratung um den Vorschlag des russischen Geschäftsträgers v. Wollant gehandelt habe, welcher dahin ging, daß die Truppen der Verbündeten sich von Peking zurückziehen sollten, sobald die Sicherheit der Fremden gewährleistet sei. Man nimmt in diplomatischen Kreisen an, daß die Vereinigten Staaten diesem Vorschlag zustimmen und die Mächte hiervon verständigen würden, in derselben Note aber auch um weitere Erklärungen über die Absichten der Mächte bezüglich der Wiederherstellung der Ordnung in China ersuchen würden. Das Kabinet ist der Ansicht, daß sich dieses Ziel leichter würde erreichen lassen, wenn dem chinesischen Kaiserhofe die Rückkehr nach Peking gestattet werde.

Petersburg, 30. August. Beim Generalstab sind heute folgende Nachrichten eingelaufen: Die Truppenabteilung des Generals Reunenlumpf nicht rasch vorwärts, sie ist am 28. August in Kinnianschkan, 70 Werst von Tschilur, angekommen. Der Telegraph wurde von Alquin bis Bergen fertiggestellt. Auf dem Wege von Alquin bis Bergen wurden 3 Offiziere und 22 Soldaten getötet, 5 Offiziere und 79 Soldaten verwundet. Erbeutet wurden 2 Mitrailseusen und 33 Geschüge.

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgegend.

Die Rollmützer und Expeditionsarbeiter haben in der gestrigen Versammlung die von den vereinigten Speditoren gemachten Zugeständnisse, die wir in der Sonntagsnummer veröffentlichten, acceptiert, und soll mir dort die Arbeit eingestellt werden, wo die neuen Bedingungen keine Anerkennung finden.

Der Steinsegermeister S. Nidel, welcher sich bisher weigerte, Leipziger Steinseger einzustellen, hat jetzt, nachdem die Berliner Steinseger ihren bekannten Beschluß betr. Verweigerung der Nachtarbeit, nun zur Wahrheit gemacht haben, bereits die schriftliche Erklärung abgegeben, daß er eventuell Leipziger Steinseger einstellen wird.

Deutsches Reich.

Zu dem Konflikt der Weber in der Fabrik von Schliefer u. Engländer in Schlebusch bei Eberfeld wird uns noch berichtet, daß der Verband der Arbeitgeber für den bayerischen Industriebezirk bereits einen Ausschuß zur Prüfung der Sachlage nach Schlebusch geschickt hat. Die Arbeiter lehnten aber mit Recht jede Verhandlung mit fremden Fabrikanten ab, so lange nicht auch Vertreter ihrer Organisation hinzugezogen werden.

Die Arbeiter, die sämtlich dem niederrheinischen Weberverband angehören, sind fest entschlossen, sich der Zerkleinerung ihrer Organisation mit allen Mitteln zu widersetzen. Es handelt sich übrigens nicht nur um 200 Arbeiter, wie wir gestern berichteten, sondern um 400.

Die Situation ist für die Arbeiter durchaus günstig, wenn der Zugang ferngehalten wird.

Die Steinseger in Kassel, soweit dieselben bei der Firma Haas beschäftigt sind, haben die Arbeit niedergelegt. Ueber die Ursachen der Arbeitseinstellung ist bis jetzt noch kein Bericht eingegangen.

Ausland.

Ein streikreicher Streik auf der Wüste. Die auf der Archibatorer Wüste eines Savaboleser Großgrundbesizers beschäftigten Feldarbeiter forderten eine Erhöhung der Löhne. Die Arbeiterdeputation, die beim Grundbesitzer vorstellig wurde, bekam zur Antwort, daß die anständigen Arbeiter, die auch ein andermal

Arbeiten wollen, mit den gezahlten Löhnen zufrieden sind, nur die Arbeitslosen fordern höhere Arbeitslöhne. Die Antwort der Feldarbeiter war, daß sie sämtlich die Arbeit niedergelegten. Jetzt nahm der Grundherr seine Instruktion zum ungrischen Arbeitsmittel: Stuhlrichter und Gendarmen. Das Ziel- und selbstbewußte Verhalten und die feste Solidarität der Feldarbeiter machte aber alle Anstrengungen der Gewalt zu Schanden und sie setzten die Erhöhung des Tagelohns um 20 Kr. endlich doch durch.

Arbeiterpolitik im liberalen Ungarn. Dem Buchdrucker-Unterstützungsverein in Budapest ist vom Ministerium eine Aenderung seiner Statuten in folgender Weise aufgegeben worden:

1. Bei eventuellen Arbeitseinstellungen (Streiks) erhalten die Streikenden keinerlei Unterstützung. 2. Mit Rücksicht auf § 42 ist Punkt 1 des § 2 derart zu modifizieren, daß der Verein nur solchen, gleiche Tendenzen verfolgenden Vereinen gegenüber Gegenseitigkeit üben, respektive nur mit solchen Vereinen Gegenseitigkeitsverträge abschließen kann, deren Statuten die Unterstützung von Streiks gleichfalls ausschließen. 3. Mit Rücksicht auf § 54 der alten Statuten ist im § 50 auszusprechen, daß die Würde des Präsidenten nur von einem Buchdruckermeister bekleidet werden kann. 4. Mindestens ein Drittel der Ausschußmitglieder hat aus Arbeitgebern zu bestehen.

Wir wissen nicht, ob sich die ungrischen Arbeiter so etwas gefallen lassen müssen; daß es ihnen zugemutet werden kann, richtet diesen sogenannten Liberalismus böslig.

Paris, 30. August. Die hiesigen Droschkenführer beschloßen in einer gestern abgehaltenen Versammlung die Arbeit wieder aufzunehmen, so daß der Ausstand nunmehr endgültig beendet ist.

Cheffield, 30. August. Die Kohlenpreise sind neuerdings wiederum um 2 sh. pro Tonne gestiegen. Die Lage verschlimmert sich täglich. Man erwartet den Ausbruch eines General-Ausstands der Eisenbahnarbeiter noch vor Ende dieser Woche.

Sociales.

Hygienisches aus Oeffen. Wie aus einem an die einzelnen Kreisgesundheitsämter gerichteten Schreiben der Abteilung für Gesundheitspflege im großherzoglichen Ministerium hervorgeht, haben die seit dem Jahre 1892 angestellten Beobachtungen über die an Krebs und verwandten Neubildungen verstorbenen Personen das Ergebnis gehabt, daß eine fortgesetzte Zunahme dieser Erkrankungen zu verzeichnen ist. Die Gesundheitsämter werden deshalb ersucht, Erhebungen über die Ursachen dieser auffälligen Erscheinung anzustellen, die nicht nur ein wissenschaftliches, sondern auch ein praktisches Interesse darbieten und die speziell bezüglich des primären ergriffenen Organs vorzunehmen seien. — Die schon vor kurzem vom "Offen. Abendbl." gebrachte Meldung vom Ausbrechen der Plattenkrankheit in Offenbach hat jetzt die Bürgermeisterei zugezogen und zugleich den Tod einer davon ergriffenen Frau konstataren müssen. Als Vorbeugungsmaßregel wird die Impfung der noch ungeimpften Kinder sowie die Wiederimpfung Erwachsener gefordert, die auf Veranlassung des Kreisgesundheitsamts unentgeltlich vorgenommen werden.

Das Arbeiter-Genossenschaftswesen macht in Frankreich bedeutende Fortschritte. Besonders Interesse bieten die Produktivgenossenschaften, deren jetzt — nach den Mitteilungen des "Bulletin de l'Office du Travail" — 247 gezählt werden. Wie schnell die Zahl der Produktivgenossenschaften wächst, geht daraus hervor, daß im Jahre 1897 erst 184 vorhanden waren. — Man zählt im ganzen 121 Branchen und Gewerbe, in denen Arbeiter-Produktivgenossenschaften bestehen. Neben wie von denjenigen Gewerben ab, die nur je einmal in Produktivgenossenschaften betrieben werden, so sind an solchen, die zwei- und mehrmals vertreten sind, die folgenden zu verzeichnen: Je zweimal sind in Produktivgenossenschaften vereinigt: Korbmacher, Wäcker, Mästenbinder, Steinbrecher, Dachbeder (Blei, Zink etc.) Uhemacher, Brillenmacher, Kohlenbergleute, Photographen, Dütenmacher, Sattler, Gerber, Je drei Genossenschaften haben: Polierer, Dachbeder, Tischler, Militärreifeutarbeiter, Flengischer, Jugendruder, Pfasterer, Stencatener, Glaser, Gipsgießer, Schneider, Bildner, Glasmacher. Je viermal betreiben ihr Gewerbe in Produktivgenossenschaften: Friseur und Kunstschüler. Je fünf solche Genossenschaften bestehen für: Bauarbeiter, Diamantschleifer, Steinmeyer, Schlosser. Sechs Genossenschaften haben die Weber; sieben die Zimmerleute; acht die Schuhmacher, die Maurer und die Holzzerfleinerer; neun die Maler; zwölf die Buchdrucker; endlich bestehen 16 Produktivgenossenschaften der Kutcher. Bei den letzteren handelt es sich um Unternehmungen zum Betriebe des Droschkenführergewerbes.

Von den erwähnten 247 Produktivgenossenschaften haben 155 genauere Angaben über ihre Verhältnisse geliefert. Diese hatten 10 798 Genossenschaftler, von denen jedoch nur die Hälfte, 5018, in den Betrieben thätig waren. Außerdem wurden noch 4217 Arbeiter beschäftigt. In den Genossenschaften, über die genauere Angaben vorliegen, wurden also durchschnittlich je etwa 60 Personen beschäftigt.

Was die Konsumgenossenschaften für den Warenverkauf betrifft, so waren im ganzen 822 bekannt. Jedoch waren nur von 718 solcher Genossenschaften nähere Angaben zu erlangen; diese hatten etwa 335 000 Mitglieder. Außerdem bestanden noch 641 Konsumgenossenschaften lediglich für Bäckereiprodukte. Von diesen lieferten 568 nähere Angaben, wonach sie einen Mitgliederstand von ca. 135 000 hatten.

Sociale Rechtspflege.

Die Wäschlerin Frau S. beanspruchte durch Klage beim Gewerbegericht von den Wurmischen Eheleuten 2 M. verdienten Lohn und 25 Pf. für ein ihr entgangenes Abendbrot. Die Beklagten wandten Kontraktbruch ein und wollten ihre vermeintlichen Ansprüche daraus gegen den Lohn und das Abendbrotgeld aufrechnen. Die Kammer I des Gewerbegerichts nahm auf Grund der Verhandlung an, daß ein Vertragsbruch nicht vorliege und verurteilte die Beklagten zur Auszahlung der 2,25 M. Gewerbebericht Dr. Leo führte begründet an: Der rückständige Lohn von 2 M. hätte selbst dann nicht ausgerechnet werden können, wenn die Klägerin wirklich vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit die Arbeit niedergelegt hätte. Das Bürgerliche Gesetzbuch hände dem entgegen.

Versammlungen.

Die Fliesenleger hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung bei Schulz, Grenadierstraße, ab. Die Abrechnung vom ersten halben Jahr, die der Vertrauensmann erstattete, ergab inf. des alten Bestandes von 867,11 M. eine Gesamtsumme von 2728,86 M., die Ausgaben, darunter 1150 M. Unterstützung beim vorigen Streik, betragen 2152,60 M., so daß ein Bestand von 576,26 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und der Vertrauensmann von der Versammlung entlastet. Hierauf wurde über das Verhalten der Unternehmer nach dem Streik diskutiert und angeführt, daß in einzelnen Fällen die getroffenen Vereinbarungen nicht innegehalten werden. Alle diesbezüglichen Vorkommnisse sollen den Arbeitervertretern der Reumer-Kommission gemeldet werden, um die Unternehmer zur strikten Einhaltung der Abmachungen zu veranlassen.

In der letzten Zeit sind eine größere Anzahl Töpfer zum Fliesenlegergewerbe übergetreten und zwar, wie angeführt wurde, ist dies geschehen auf Veranlassung des Töpfer-Verbandes. Verschiedene Redner vertraten den Standpunkt, daß die Töpfer überhaupt nicht berechnigt wären, Fliesenlegearbeiten zu verrichten, und daß sich die Fliesenleger weigern müßten, mit den Töpfern zusammenzuarbeiten. Andre Redner verlangten, daß die Töpfer, die als Fliesenleger arbeiten, auch wenn sie der Töpferorganisation angehören, sich dem Fliesenlegerverein anschließen und zum Streikfonds dieses Berufs steuern sollen. Allgemein kam die Meinung zum Ausdruck, daß der Töpferverband benützt ist, den Fliesenlegerberuf in Zukunft an sich zu reißen. Ein Antrag, mit keinem Töpfer zusammen

zu arbeiten, der nicht der Fliesenleger-Organisation angehöre, und wenn Arbeitskräfte fehlten, dieselben nur aus dem Maurergewerbe heranzugezogen werden sollen, wurde schließlich mit dem Hinweis auf den schwachen Besuch der Versammlung vorläufig durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Diese Angelegenheit wird in der nächsten General-Versammlung nochmals behandelt werden. Nach längerer Diskussion wurde sodann beschlossen, die Wahl der Geschäfts- bezw. Baudeputierten, die für den Markvertrieb zu sorgen haben und eben. Werkstattkonferenzen abhalten sollen, den in den betreffenden Geschäftsthätigen Kollegen zu überlassen. Die Wahl der Deputierten soll in allen Geschäften und baldmöglichst vorgenommen werden. Zur Annahme dieses Amtes ist jeder organisierte Fliesenleger verpflichtet.

Die Steinseger von Berlin und Umgegend nahmen in einer gut besuchten Versammlung, die am Mittwoch bei Rümann in der Drummenstraße tagte, den Bericht des Gesellschaftssekretärs über die Antwort der Meister auf die Beschlüsse der Versammlung vom 19. d. M. entgegen. Aus dem von Kopers verlesenen Antwortschreiben der Innung ging hervor, daß — dem Verlangen der Steinseger gemäß — der Lohn voll ausbezahlt und nichts mehr einkubehalten werde. Was die Regelung der Nachtarbeit betrifft, so will die Innung dahin wirken, daß Nachtarbeit möglichst ganz vermieden werde. Eine ablehnende Haltung nimmt die Innung zu der augenblicklich wichtigsten Forderung der Gesellen ein, welche dahin geht: die hiesige Innung solle ihren Einfluß auf die Leipziger Innung dahin geltend machen, daß letztere sich mit den ausgesperrten und ausständigen Steinseger einigt. — Zu diesem Punkt nahm die am Mittwoch tagende Versammlung folgende Resolution an:

Die Versammlung zieht aus der Thatfache, daß die hiesige Innungsleitung es abgelehnt hat, irgend welche Schritte zur Beilegung des Kampfes in Leipzig zu thun, den Schluß, daß sich die hiesigen beiden Innungen mit der Innung in Leipzig in dem Bestreben, den Humanitätsbündel aus der Welt zu schaffen, solidarisch erklären. Die Versammlung ist deshalb gewillt, der Solidarität des Unternehmertums die Solidarität der Arbeiter entgegenzusetzen. Sie beschließt zu diesem Zweck:

Bei allen Firmen, die es ablehnen und abgelehnt haben, Leipziger Steinseger einzustellen, ist für die Dauer des Kampfes in Leipzig jede Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit streng zu verweigern. — Die Nichtbeachtung dieses Beschlusses wird als Streikbruch angesehen. Kollegen, die wegen dieser Weigerung entlassen werden sollten, werden für die Dauer der infolgebeisenden eintretenden Arbeitslosigkeit mit 3 M. pro Tag unterstützt. Es hat jedoch kein Kollege das Recht, wenn ihm derartige Arbeit angeboten wird, selber seine Entlassung zu fordern.

Außer dieser Resolution nahm die Versammlung einen Antrag an, welcher besagt, daß Accordarbeit unter allen Umständen zu unterbleiben hat.

Die Kammer hielten gleichzeitig mit den Steinseger eine ebenfalls gut besuchte Versammlung bei Mübner in der Bergstraße ab. Auch hier stand die Verweigerung der Ueberstunden- und Nachtarbeit zu Gunsten des Leipziger Kampfes auf der Tagesordnung, und wurde die von den Steinseger beschlossene Resolution ebenfalls einstimmig angenommen.

Eine Konferenz der Zahlstellen-Vorstände der Bauarbeiter Berlin tagte Sonntag bei Jannasch in der Julestraße 10. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken unfers Liebknecht in würdiger Weise gelehrt. Hierauf referierte Behrend über den obligatorischen Arbeitsnachweis; der Redner kam zu der Ansicht, daß ein einseitig von den Unternehmern geführter Nachweis keine Existenzberechtigung habe. Die im vorigen Jahre von den Maurern und Zimmerern gewünschte Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises sei vom Bund der Unternehmer im Baugewerbe abgelehnt worden. Als nun die Unternehmer einsehen, daß ein einseitiger Nachweis nicht bestehen konnte, weil die durch diesen herbeigeführten Arbeitskräfte unbrauchbar waren, wandten sie sich an die Arbeiter mit der Frage, wie sie sich zu einem obligatorischen Arbeitsnachweis stellen. Es fanden verschiedene Sitzungen statt, in denen die Unternehmer einen Entwurf vorlegten, der für die Arbeiter unannehmbar war. Trotzdem wurde weiter verhandelt auf der Grundlage, daß die Unternehmer fünf der einschneidendsten Punkte zur späteren Entscheidung zurückstellten. Die Arbeiter sollten zwar im Bureau des Arbeitsnachweises mitvertreten sein, doch sollten sie kein Wort mitreden dürfen; zur Verhandlung müßte für die Unternehmer die haltlose Phrase herhalten, daß sie anders nicht Herr im Hause seien. Die Verhandlungen scheiterten dann sofort, als die Arbeiter die selbstverständliche und leicht zu erfüllende Bedingung stellten, daß die Anerkennung der üblichen Löhne im Arbeitsnachweis Grundbedingung sein müssen. Annahme gründeten die Unternehmer einen für organisierte Arbeiter nutzlosen Central-Arbeitsnachweis, der sich dadurch kennzeichnet, daß die Unternehmer ihre Arbeitskräfte kostenlos zugewiesen erhalten, während der Arbeiter, der den Nachweis in Anspruch nimmt, 20 Pf. zahlen muß. Es wurde folgende Resolution gefaßt: Die Konferenz des Verbands der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands empfiehlt den Mitgliedern des Verbands, den Arbeitsnachweis am Alexanderplatz nicht zu benutzen.

Nach Erledigung dieses Gegenstands wurde die vom Hauptvorstand in seinem an die Zahlstellen-Vorstände gerichteten Schreiben kundgegebenen Ansicht stark kritisiert. Man faßte folgende Resolution: Die Konferenz verurteilt das Vorgehen des Hauptvorstands auf das entschiedenste und ist der Ansicht, daß er die Pflicht hatte, sich, wie an die Vorstände, so auch an die Lohnkommission zu wenden. Die Vertreter der Zahlstellen sind ferner der Meinung, daß die Berliner Kollegen ihren Verpflichtungen nachgekommen sind; sie verlangen, daß der Hauptvorstand künftig mit mehr Ueberlegung vorgeht. Endlich sprechen die Vertreter dem Hauptvorstand darüber ihre Mißbilligung aus, daß er auf ihrer Konferenz nicht vertreten war.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 30. August. (B. Z. B.) Heute abend stürzte in der Vorstadt Schwabing in der Herzogstraße ein dreistöckiger Neubau ein. Bis 7 1/2 Uhr waren drei schwer Verletzte und sieben leicht Verletzte geborgen. Zwei Personen werden noch vermisst; die Feuerwehrl ist eifrig bei den Rettungsarbeiten beschäftigt.

München, 30. August, 9 Uhr abends. (B. Z. B.) Rummel sind sämtliche bei dem Baunnglück in Schwabing Verletzte lebend zu Tage gefördert. Vier sind schwer, acht leicht verletzt.

Wien, 30. August. (B. Z. B.) Der Beschleissbesitzer Arthur Köpfelmacher und der Vermittler von Börsegeschäften Rosenberger sind, wie das Wiener Telegr.-Bureau meldet, unter dem Verdacht, bedenkliche Geschäfte abgeschlossen zu haben, verhaftet worden.

Rom, 30. August. (B. Z. B.) Den Blättern zufolge hatten die Behörden entscheidende Beweise dafür in Händen, daß die Ermordung des Königs Humbert auf ein Komplott zurückzuführen sei. (V)

Brüssel, 30. August. (B. Z. B.) Von verschiedenen Seiten verlautet, daß die entlassenen Legionäre der geplanten China-Expedition, welche bei der Auflösung des Corps Tammite in Bevetlos veranfaßt hatten, im September vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen.

London, 30. August. Dem Renterischen Bureau wird aus Poutenque Marques gemeldet, daß die britischen Gefangenen in Rochegodach von den Boeren freigelassen wurden und nach Waterwahlen marschieren, um sich den Truppen des Feldmarschalls Roberts anzuschließen. — Präsident Kruger und alle Beamten befinden sich in Kapstadt.

Glasgow, 30. August. (B. Z. B.) Nachdem die bakteriologische Untersuchung nunmehr abgeschlossen ist, wird das Vorhandensein der Buboneuse von den Sanitätsbehörden amtlich bekannt gegeben. Jetzt stehen elf Fälle in ärztlicher Behandlung.

Lokales.

Die Kohlentenerung muß im kommenden Winter für die ärmere Bevölkerung zu einer großen Kalamität führen. Der Preiswucherung des Kohlenhandels stehen die Konsumenten machtlos gegenüber und auch die Behörden bezogen keine Lust, dem Uebelstand energisch zu steuern. Führen doch die staatlichen Werke im Saargebiet ganz dieselben Preise, sogar noch höher, als sie das Kohlenhandels festsetzte. Die Geschäftslage ist für dieses Konfortium überaus glänzend. Der Krieg mit China hat durch Indienststellung vieler Kriegsschiffe den Bedarf an Kohle nicht unerheblich gesteigert; durch die vorausgegangene gute Geschäftsperiode sind die Lager stark geräumt, so daß Bestellungen auf den Werken wiederholt zurückgewiesen wurden. Während wir nun in Deutschland unter dem Mangel an Kohlen leiden, ist die Ausfuhr von Kohle und Coals vom 1. Januar bis 31. Juli dieses Jahres auf 108 704 065 Doppelcentner gestiegen, gegen eine Ausfuhr von 92 831 212 Doppelcentner im Vorjahre. Dabei haben die Interessenten für ihre Ausfuhrkohle noch ermäßigte Eisenbahntarife, während die ausländische Kohle zu uns nur mit erhöhten Tarifen befördert wird. Nun endlich soll sich das preussische Eisenbahnministerium entschlossen haben, der ausländischen Kohle dieselbe Vergünstigung zu gestatten. Eine andre Ausrückung, den deutschen Kohlenbaronen die günstigen Tarife für ihre Ausfuhrkohle bei den gegenwärtigen hohen Preisen für Kohle zu entziehen, wurde schon vor längerer Zeit abgelehnt. Bestimmt ist die Nachricht auch noch nicht verbürgt, ob wirklich das Eisenbahnministerium den niederen Tarif für ausländische Kohle einführen wird.

Selbst wenn es geschieht, wird sich auf dem Markt in der Preislage kaum eine bemerkenswerte Änderung ergeben, denn in England, was für uns zunächst in Betracht kommt, stehen die Kohlenpreise auch nicht niedrig. Die Regierung hat also einen Weg eingeschlagen, auf dem den Kohlenbaronen kein Nachteil erheblicher Art erwachsen kann, sie weiß, was sie jenen Interessengruppen, die heute das Publikum unterschämmt auszuwahren, verpflichtet ist, es gehört zum kapitalistischen Regiment, diese Interessen zu schonen.

So bleiben die Ausfuhrer für den Winter äußerst schlecht, besonders auch für Berlin, da hier die freiwirtschaftliche Verwaltung durch ihre Geschäftspraxis, die in der Tendenz ganz dem entspricht, wie die reaktionäre preussische Regierung handelt, den armen Leuten die Coalspreise bedeutend erhöht hat und durch den Abschluß großer Lieferungsverträge auch künstlich einen Mangel an Feuerungs-Material hervorgerufen hat.

Vor kurzem haben die Kohlenhändler ihre Preiscuranten für den Winter verhandelt, die Circulars tragen durchweg die Offenbar auf einer allgemeinen Vereinbarung beruhende Notiz: „Preise vom 15. August 1900 bis auf weiteres — ohne Verbindlichkeit“ und jeden Preis fest, wie sie bisher als unerbittlich galten. So kosten z. B. ober-schlesische Steinkohlen im Waggon bei einer Mindestentnahme von 300 Centnern nicht weniger als 1,60 M. pro Centner, bei Bestellung unter 10 Centnern 1,85 M. pro Centner, Braunkohlen-Breite (stiebzollige) bei Entnahme von weniger als 5000 St. 11,50 M. pro 1000; dieser Preis ermäßigt sich bei Bezug von 5000—10 000 um 25 Pf.; bei einem solchen von mehr als 10 000 um 50 Pf. pro Tausend. Für Abtragen nach dem Boden erhöhen sich die Preise noch um 5 Pf. pro Centner, 10 Pf. pro Ferkeltonner und 50 Pf. pro 1000 Ferkeltonner. Gascoals aus englischen Kohlen wird mit 2,05 M., Gascoals aus welfischen Kohlen mit 2 M. pro Ferkeltonner berechnet; wird der Coals in zerkleinertem Zustande bezogen, so kostet er pro Ferkeltonner 20 Pf. mehr; allerdings verstehen sich diese Preise einschließlich Fuhrlohn und Abtragens. Zum Vergleich sei indessen bemerkt, daß die Berliner städtischen Gas-anstalten Coals gegenwärtig mit 1,40 M. zerkleinerten Coals mit 1,60 M. abgeben und daß die Charlottenburger Gasanstalten, freilich nur an Angehörige der dortigen Gemeinde, den Coals durchgängig, also auch den zerkleinerten, mit 1,40 M. berechnen. — Der schöne Zusatz auf den Preiscuranten, daß die Preise „bis auf weiteres“ normiert sind und die Händler keine Verbindlichkeit eingehen, beweist, daß neue Preissteigerungen keineswegs ausgeschlossen sind.

Die Arbeiterbevölkerung leidet natürlich am schwersten unter diesen Preiswucherungen. Die wohlhabenden Leute können ihren Bedarf bezweigen, der Arbeiter muß im Winter noch höhere Preise zahlen. Verlangen aber die Arbeiter eine Aufbesserung ihrer Löhne, dann werden sie von den kapitalistischen Interessenten, die heute Millionen verdienen, in der niedrigsten Weise beschimpft und rücksichtslos und brutal behandelt, wenn sie in Arbeit bei solchen Industrietavern stehen.

Von der Fürsorge der Stadt Berlin für die Unbemittelten und Armen kam man in dem Bericht über die Berliner Gemeindeverwaltung der Jahre 1899—98 ein lauges und breites lesen. Der nicht aus eigener Kenntnis der Verhältnisse weiß, wie es um diesen Zweig der städtischen Verwaltung steht, der könnte durch die dort gegebene amtliche Darstellung leicht zu dem Irrtum verleitet werden, daß in Berlin wirklich kein Mensch Not zu leiden braucht. Ein besonderes Kapitel ist in dem erst kürzlich erschienenen 3. Band des Berichts den Maßregeln gewidmet, die angesichts des in den Jahren 1891 und 1892 mit ungewöhnlicher Schärfe aufgetretenen Notstands von den Gemeindebehörden getroffen werden mußten. Man wird sich erinnern, daß es erst eines starken Drucks von socialdemokratischer Seite bedurfte, ehe in dieser Richtung überhaupt etwas geschah, und was dann schließlich geschah, das blieb leider weit hinter den Forderungen zurück, die in dem Antrage der socialdemokratischen Fraktion der Städterversammlung gefordert worden waren. Der Bericht sagt, die Maßregeln, zu denen die städtischen Behörden sich damals entschlossen, seien „ausreichend“ gewesen. Sie hätten aber doch nicht die bekannten Krauwallen vom 25. und 26. Februar 1892 verhindern können, die mehreren hundert Personen Freiheitsstrafen einbrachten und der Stadt die Zahlung von ca. 17 000 M. Entschädigungen auferlegten — eine wirtschaftlich vergebene Summe“, fügt der Bericht hinzu, „aus welcher eine bedeutende Zahl wirklich Arbeitsloser oder sonst Bedürftiger wirksam hätte unterstützt werden können“. Ja, wenn nur einem hochwohlwollen Magistrat diese Einsicht vorher gekommen wäre! Der Stadt Berlin wären dann jene bedauerlichen Krauwallen wahrscheinlich erspart geblieben.

Der Rechnungsabschluss der städtischen Wasserwerke für das Etatsjahr 1899 weist beim Ordinarium eine Mehreinnahme von 318 377,04 M. und eine Minderausgabe von 73 704,92 M. nach, so daß sich der mit 1 636 385 M. im Etat angelegte Ueberschuß zu dem 14 888,43 M. an vorjährigen Resten hinzutreten, um 392 081,93 M. erhöht und überhaupt 2 043 305,36 M. beträgt, wovon nach Abzug der auf das Etatsjahr 1900 übernommenen Einnahmereste von 21 759,22 M. an die Stadthauptkasse bar abgeliefert sind 2 021 546,14 M. Die Gesamterrechnung der Wasserwerke schließt in Einnahme mit 9 460 879,86 M. und 966 790,78 M. Resten, in Ausgabe mit 9 411 228,28 M. und 1 016 434,41 M. Resten ab. An den städtischen Anstalten war die Wasserwerksverwaltung Ende März 1900 mit 49 594 268,96 M. beteiligt.

Bei dem Verwaltungsfonds der städtischen Sparkasse betragen im Rechnungsjahr 1899 die Ausgaben 448 170,73 M., zu deren Deckung an eignen Einnahmen zur Verfügung standen 81 144,59 M., so daß aus dem Geschäftsbetrieb der Sparkasse ein Guthaben von 367 026,14 M. geleistet werden mußte. Beim Grundstück Klosterstraße 68 wurde ein Reingehalt von 52 990 M., beim Grundstück Himmelsstraße 90/91 ein solcher von 25 783,14 M. erzielt. Der Bestand des Erneuerungsfonds des Grundstückes Klosterstraße 68 belief sich Ende März 1900 auf 58 473,43 M., der in Effekten angelegt ist.

Der neue Botanische Garten bei Dahlem soll, wie wir vernahmen, am 1. Juli 1903 eröffnet werden. Den schönsten Leberblat hat man, wenn man auf der Westseite des Fichtenbergs entlang geht. Dort bietet sich nicht nur ein herrliches Panorama über die benachbarten Ortschaften, sondern vor allem auch ein freier Blick über die neue botanische Anlage, die 150 Morgen umfaßt und mehr als dreimal so groß ist wie der alte Botanische Garten an der Potsdamerstraße. Am meisten fesseln natürlich die ausgedehnten pflanzengeographischen Anlagen, in denen hübsche Felspartien hervortreten und auch mehrere Wasserfälle geschaffen werden. Man wird hier, außer der Flora, auch gleich ein Bild von den Formationen der großen Gebirge erhalten. Den Höhepunkt bildet das Himalaya-Gebirge, das freilich nicht entfernt so hoch ist wie der — Steglitzer Fichtenberg. Im allgemeinen sind die neuen pflanzengeographischen Anlagen dreimal so groß wie die im alten Garten. Im Arboretum ist schon ein Teil der Gehölze gepflanzt. Vom alten Garten konnten nur kleine und mittlere Bäume ausgewählt werden, und auch von diesen ist es noch fraglich, ob sie alle auf dem neuen Boden fortkommen werden. An 1000 brauchbare Gehölze hat die Forstakademie in Ruden dem neuen Botanischen Garten überlassen. Der Vollendung nahe sind die in Vorkstein mit weißen Kalkstein ausgeführten Wohnhäuser für den Direktor und den Unterdirektor; sie liegen an der Grunewaldstraße. Auch die am andern Haupteingang befindlichen Wohnhäuser für den Inspektor, die Gärtner zc. sind im Wesentlichen fertig. Die Kulturhäuser schreiten rüstig vorwärts. Weiter wird sich das große Winterhaus, der Komplex der Schauhäuser und das Victoriahaus anreihen. In Angriff genommen ist das pharmaceutisch-chemische Institut. Die Baupläne für das Botanische Museum und die Igl. Gärtner-Lehranstalt liegen an der nach Dahlem führenden Grunewaldstraße. Vorläufig sieht der neue Garten noch recht laß aus; es wird lange dauern, bis auch dort ein schaffiger Park entsteht.

Die Erdbodentemperatur folgt in ihrem Auf und Ab, wie die von der Kanalisationsverwaltung in der Tiefe von 1/2, 1 und 3 Meter regelmäßig ausgeführten Messungen ergeben, der Lufttemperatur erst nach einem gewissen Zeitraum und zeigt dabei geringere Schwankungen als diese. Bei 1/2 Meter Tiefe macht sie die Schwankungen der Lufttemperatur noch deutlich erkennbar mit, aber bereits mit einer Verzögerung von mehreren Tagen bis zu einem halben Monat. Bei 3 Meter Tiefe ist die Verzögerung so groß, daß die Erdbodentemperatur hier ihren niedrigsten Stand in der Regel erst um Mitte März, ihren höchsten Mitte September erreicht, also zu einer Zeit, wo bei der Lufttemperatur längst wieder eine Umkehr eingetreten ist. Die Schwankungen sind in dieser Tiefe nur noch unbedeutend. In dem diesjährigen Sommer ist aber die Erdbodentemperatur selbst in der Tiefe von drei Meter auf einen ungewöhnlich hohen Stand gelangt und zwar schon ziemlich zeitig. Der heißeste Tag war diesmal der 21. Juli, der nach den Beobachtungen der meteorologischen Station Berlin eine mittlere Lufttemperatur von 29,0 Grad Celsius, eine Höhe von 34,9 Grad hatte. An demselben Tage zeigte an der Messungsstelle Große Frankfurterstraße, die gewöhnlich die höchsten Erdbodentemperaturen anzeigt, die Erde bei einem halben Meter Tiefe 22,6 Grad, bei einem Meter 19,7 Grad, bei drei Meter 13,0 Grad. In der Tiefe von drei Meter ist die Temperatur seitdem noch ununterbrochen gestiegen und hat bereits in der zweiten Hälfte des August die seltene Höhe von 14,5 Grad erreicht.

Ein Einverbot hat bei den Anwohnern des Mariannenparks großes Verdrüßliches hervorgerufen. Da die in dieser Anlage stehenden Pöble an den Abenden fast immer stark besetzt sind, so haben sich sehr viele Leute eigentümlich verhalten, die sie mittels untergeordneter Reisten auf den niedrigen Gittern besitzigen, welche die Rasenplätze der am Mariannenpark gelegenen Thomaskirche umgeben. Diese Sitte besteht schon seit vielen Jahren und hat, da sich niemals Unzuträglichkeiten herausstellten, auch keine Beachtung gefunden. Seit einigen Abenden jedoch werden die Leute durch die Parkwächter fortgewiesen, die ihnen das Befestigen der Bretter untersagen. Der Unmut der überaus zahlreichen Erholungsbedürftigen, denen auf diese Weise während der Abendstunden das Verweilen im Freien erschwert wird, ist sehr groß. Die um ihre allgewohnten Sitzplätze gekommenen wollen ein Gesuch an die Behörde richten.

Lebhaftes Klagen werden von den gegenwärtig in der Hofjäger-Allee beim Strahlenbau beschäftigten Arbeiter geführt. Hier die ca. 200 Arbeiter Steinleger, Kofelager, Maurer, Kanalisationsarbeiter ist in der ganzen Gegend keine Bedürfnisanstalt vorhanden. Es haben sich infolgedessen recht unelbliche Verhältnisse herausgebildet.

Ueber die internationalen Taschendiebe Antonio Volta und Antonio Rodriguez wird noch berichtet, daß sie ihr „Ganbwerk“ in der Weise betreiben, daß sie nach der Ausführung eines erfolglosen Zug auf einige Wochen aus dem Ort verschwand, teils um die Verfolgung von sich abzulenken, teils um das erbeutete Geld in Sicherheit zu bringen. Sie suchten dann einen andern verkehrsreichen Ort auf und arbeiteten weiter. Es wird angenommen, daß sie Mitglieder einer weitverbreiteten Bande sind, da sie nur sehr wenig deutsches Geld bei sich hatten. Das hier gefundene Geld haben sie vermutlich sofort nach auswärts geschafft, um bei einer Festnahme glaubwürdiger behaupten zu können, daß sie erst kürzlich aus dem Ausland hier eingetroffen seien. Aus diesem Grunde ist auch wahrscheinlich, daß sie mit noch andern Personen in Verbindung standen, denen sie das Geld anvertrauten. Beide wurden heute nochmals vernommen, wollten aber weder deutsch noch auch französisch sprechen können. Das Verständnis der letzteren Sprache wurde ihnen aus dem postlagernd erhaltenen Briefen indes nachgewiesen. Sie wurden dem Untersuchungsrichter zugeführt. Die vor ihrer Verhaftung eingelaufenen Personalbefreiungen der Thäter passen auf beide. Der jüngere ist schlank und schwächling, hat dunkle Augen, schwarzes Haar und einen Spitzbart, ist 1,75 Meter groß und trägt einen dunklen, feinen Jodetanzig. Der ältere ist behäbig, hat ein wenig Bauch, ist 1,72 Meter groß, geht schlottend, hat einen schwarzen Schnurrbart und trägt einen schwarzen Rodanzig.

In der städtischen Abdeckerei hat ein berühmtes Rennpferd sein Ende gefunden, dessen Name vor einigen Jahren die gesamte hiesige Bevölkerung und auch die Gerichte beschäftigte. Ein reicher amerikanischer Farmer, Namens Aneeb, besaß zwei Rennpferde Wetzel und Reih. Die erstere war eine hervorragende Favoritin auf den Rennbahnen und wo sie startete, ging sie als Siegerin hervor. Die Lorbeeren, die Herr Aneeb mit seinem Pferd in der neuen Welt erntete, ließen ihn nicht ruhen, und er beschloß, einen großen Coup auszuführen. Er belegte Wetzel mit dem Namen ihrer weniger berühmten Schwester Reih und ließ sie unter diesem Pseudonym auf der Weihenstepfer Rennbahn laufen. Der Betrug wurde jedoch entdeckt und Aneeb der Prozeß gemacht. Er erhielt eine Gefängnis- und Geldstrafe und die Reih alias Wetzel wurde gerichtsfertig zur teilweisen Deckung der über 40 000 M. betragenden Prozeßkosten beschlagnahmt. Bei der auf der Traberbahn in Westend erfolgten Versteigerung des Tieres wurde es zum Preise von 8000 M. von vier bekannten Sportsleuten gemeinsam erworben, die den Renner auf verschiedenen Bahnen starten ließen. Mit dem Siegeszug der Wetzel war es jedoch vorbei. Sie vermochte nicht einmal „Platz“ zu erringen und wurde, nachdem das Pferd noch zwei Jahre auf den Rennbahnen gelebt, von dem Konfortium für 2000 M. als Reitpferd an einen Bankier verkauft. Schließlich erkrankte das edle Tier und da sein Leiden ein unheilbares war, mußte es getötet werden.

Von der elektrischen Bahn überfahren wurde Donnerstagsvormittag um 11 1/2 Uhr die 89 Jahre alte Frau **W e i t m a n n** aus

Stettin, die hier in der Lübeckerstraße 56 auf Besuch war. Ihr Mann ist an einem Theater angestellt. Die Eheleute wohnen nach Berlin überfiedeln, und Frau W. sah sich nach einer Wohnung zum Oktober um. In der Landsbergerstraße nahe am Alexanderplatz wurde sie von einem Wagen der Linie Landsberger Allee—Dönhofsplatz gefaßt und eine Strecke mitgeschleift. Sie erlitt Rippenbrüche und einen Bruch des rechten Unterschenkels, erhielt auf einer Unfallstation einen Notverband und wurde in einem Rükschen Rettungswagen bewußlos nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht.

Vermutlich an Bleivergiftung gestorben ist der 30 Jahre alte Schriftföhler Paul Rieberger, der Mathieustraße 19 bei der Witwe Z. wohnte. Er war am Mittwoch nicht zur Arbeit gegangen und hatte morgens wegen Magenbeschwerden einen Arzt aufgesucht. Als ihm die Wirtin nachmittags um 4 Uhr den Kaffee bringen wollte, lag er vor dem Sofa tot auf dem Fußboden. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Von der Feuerwehr überfahren wurde, wie nachträglich bekannt wird, bei dem großen Brande in der Grünauerstraße der 32 Jahre alte Arbeiter Rudolf Gensel aus der Kopenstr. 91. Er hatte nach dem Feuer gesehen, ohne sich um die anfahren den Wagen zu kümmern, wurde umgestoßen und über die Brust gefahren. Man brachte ihn von der Rettungswache am Göliger Bahnhof nach dem Krankenhaus am Urban.

In der Badewanne gestorben ist am Mittwoch der 79 Jahre alte Rentner Ludwig Carpentier, der als Witwer mit einer Verwandten in der Lützowstr. 68 wohnte. Er hatte sich ein Bad zu Hause bereiten lassen, blieb aber allzulange fort, so daß man sich besorgt nach ihm umsah. Der Greis lag tot in der Wanne. Wahrscheinlich wurde er vom Schläge getroffen.

Um niemand zur Last zu fallen, hat sich der 64 Jahre alte frühere Eisenbahnte und Dreiföhler, jetzige Rusiler Georg Kierich aus der Kuppinerstraße 2 mit einem Rasiermesser getötet. Er konnte mehrerer Leiden wegen nicht mehr arbeiten und wollte daher auch nicht mehr leben. Mittwochnachmittag schied er seine 70jährige Ehefrau nach der Küche, um ihm Kaffee zu bereiten. Gleich darauf hörte die Frau den Ruf: „Mutter, es ist alle!“ und fand ihren Mann auf dem Fußboden liegend, nachdem er sich mit dem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten hatte. Als die Frau das Messer in seiner Brusttasche bemerkte, nahm er es wiederum und öffnete sich vor ihren Augen die linke Pulsader an der Hand. Auf das Schreien der Frau holten Nachbarn einen Arzt; K. verblutete aber unter seinen Händen.

Baumsturz. Am Mittwochnachmittag 4 1/2 Uhr stürzte auf dem Bau Umlandstr. 60 im benachbarten Wilmersdorf, ein dort beschäftigter Arbeiter vom dritten Stock in den Treppenschacht, wo er anscheinend mit schweren inneren Verletzungen beunruhigt im Godparterre liegen blieb. Der Unfall wurde durch die auf jenem Bau herrschenden polizeiwidrigen Zustände herbeigeföhrt, denn die Ueberführung über den ca. vier Meter breiten Schacht bestand aus nur zwei übereinandergelegten, zehn bis zwölf Zoll breiten Altschwellen. Nachdem das Unglück geschehen, genigte ein Zeitraum von einer halben Stunde, um alle drei Uebergänge in ordnungsmäßigen Zustand zu setzen. — Warum nicht gleich?

In Erdungsgefahr schwebten mehrere Personen bei einem Wohnungsbrande, der Donnerstagsvormittag Wienerstr. 16, gegenüber dem Göliger Bahnhof, zum Ausbruch kam. Die im dritten Stock des Obergeschoßes belegene Wohnung des Schlossers Trapp stand gegen 10 1/2 Uhr in Flammen, was um so unerklärlicher erscheint, als Frau Trapp seit einigen Tagen verstorben ist, und ihr Mann die Wohnung früh sieben Uhr verlassen hatte. Als die Feuerwehr am Brandherd erschien, war nicht nur die dritte, sondern auch die vierte Etage total verqualmt. Auch hatten die Flammen die Decke der vierten Etage an einer Stelle bereits durchschlagen. Da bekannt war, daß sich noch Personen über dem Brandherd befinden mußten, drangen mehrere Sappeure nach oben vor und holten einen fünfjährigen Knaben und eine alte Frau herab. Die Geretteten hatten dabei weniger glitten, als ihre Retter, denn zwei Sappeure zogen sich bei ihrem Vordringen eine derartige Rauchvergiftung zu, daß sie nach ihren Wohnungen geföhrt werden mußten. Die Arbeiterwohnung brannte total aus. — Brände von Eisenbahnbränden, die durch Funken aus vorbeifahrenden Lokomotiven entstanden, fanden in letzter Zeit wiederholt in Berlin statt. Auch gestern erfolgte ein solcher Brand an der Brücke in der Gerichtstraße, indes konnte die Gefahr schnell beseitigt werden.

Strassenbahn-Unfälle. Man schreibt uns: Eine derjenigen Linten der elektrischen Strassenbahn, von welcher fast in jeder Woche über sehr schwere Unglücksfälle zu berichten ist, ist die vom Spittelmarkt nach Friedrichshofe führende. Es mag ja ein Teil Unachtsamkeit des an den früheren sehr gemächlichen Betrieb mittels Pferden gewöhnten Publikums die Schuld an diesen Unfällen tragen, es kann aber andererseits der Direktion der „Großen“ der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie nicht alle Sicherungen vorgesehen hat, zu denen sie im Interesse des Publikums verpflichtet wäre. So sind die bis vor einigen Wochen mit Bremsern besetzt gewesenem Kuppelwagen dieser Linie jetzt nur noch von einem Schaffner begleitet, soviel wir wissen, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen.

Diesem ungeschicklichen Zustande ist ein Unfall aufs Conto zu bringen, durch den eine Familie in große Trauer versetzt worden ist. Der 10jährige Sohn des Bildhauers L. aus der Friedrichstraße wurde vor einigen Tagen bei dem Versuch, auf den Vorberperron zu springen, so unglücklich überfahren, daß ihm beide Beine vom Knie getrennt wurden, so daß der arme Junge nach am selben Abend im Krankenhaus Friedrichshain seinen furchtbaren Verletzungen erlag. Wir sind überzeugt, der Knabe wäre durch die Gegenwart des Beamten von seinem unbesonnenen Vorhaben abgehalten und eine Familie wäre vor großer Trübsal bewahrt worden. Bei der bekannten Sparfamkeit der „Großen“ kann aber nur das fortgesetzte Hinweisen auf solche die Sicherheit des Publikums gefährdenden Unterlassungs-fällen die Gesellschaft zur Abhilfe zwingen.

Feuerbericht. Unter Schöneberg war Donnerstagsnachmittag die Wohnung des Eisenbahndienstmanns durch Funken aus der Lokomotive in Brand geraten. Großer Schaden ist indes nicht entstanden. Kurz vorher war Michaelstraße 28 ein Kellerbrand abzulösen. Lutherstraße 45 in Charlottenburg brannten in einer Tischlerei Späne und Bretter. Uebermäßige Wurzeln hatten auf dem Gerzereiplatz in der Schmiedestraße eine Pappel in Brand gesteckt. Ein Bretterschuppen wurde Bringen-Allee 75 eingeschert.

Trepptower Sternwarten. Die außergewöhnliche Gelegenheit, alle sieben Planeten in einer Nacht mit dem Kleinstfernrohr beobachten zu können, bietet die Trepptower Sternwarte ihren Besuchern auf Wunsch noch einmal am 1. September, in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag. Die Beobachtung beginnt um 7 1/2 Uhr abends mit Jupiter, Uranus, Saturn. Um 10 Uhr abends hält Direktor Wehenhold einen mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag über „Unter Planetenstern“. Nach dem Vortrag wird noch ein Sternwarten gezeigt, dann der Reihe nach Neptun, Mars, Venus, deren Ausgahn einen ganz eigenartigen Anblick gewöhrt, und zuletzt Merkur. Besondere Kosten zum Preise von 3 Mark werden abgegeben, die zur Beobachtung aller Objekte und zum Vortrag berechtigen. Voranmeldung ist erwünscht. Die ermäßigten Eintrittsbillets à 50 Pf. behalten für die Einzelbeobachtung auch in dieser Planetennacht ihre Gültigkeit. Das Institut ist bis morgen 5 Uhr geöffnet, um welche Zeit Sonderwagen der Elektrischen Strassenbahn von Trepptower abgelaufen werden.

Das Passage-Panoptikum ist in den Besitz des Herrn Theodor Rosenfeld übergegangen, Teilhaber des bekannten Theaterskaum Karl und Theodor Rosenfeld. Das Panoptikum bleibt noch für kurze Zeit unter der alten Direktion, dann werden sämtliche Räume wegen Renovierungsarbeiten auf einige Wochen geschlossen, um im Herbst aus glänzender neu ausgestattet und bedeutend vergrößert wieder eröffnet zu werden.

Preis. Freitag, den 31. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Dorn, Bürgerstr. 4. Vortrag des Genossen Wäntcher. Gäste willkommen.

Aus Nizdorf. Beim Aufziehen von Baumaterialien auf einen Neubau in der Straße 250c hierseits war der Arbeiter Friedrich Kirsch zwischen den Förderer und einen Balken geraten und hatte hierbei so erhebliche Querschnitte erlitten, daß er nach einem Krankenhaustauf gebracht werden mußte. Hier ist er an den Folgen der Verletzung leider verstorben. Nach dem Ergebnis der eingehenden Untersuchung ist fremde Schuld ausgeschlossen.

Der Maurer Karl P. aus der Steinwegstraße ist beschuldigt, in den Laden der Händlerin Kellner, Prinz Handwerkerstr. 8, gekommen zu sein, von der allein anwesenden Tochter 3 M. verlangt und als er diese nicht erhielt, das Mädchen am Halse gewürgt zu haben. Erst als eine Kundin den Laden betrat, soll P. von dem Mädchen abgelassen haben und eiligst verschwunden sein. Die eingehende Untersuchung muß ergeben, ob die Angaben des Mädchens auf Wahrheit beruhen.

Elektrische Nord-Ringbahn. Ein ausgedehntes elektrisches Straßenbahnnetz wird, wie wir erfahren, in nächster Zeit schon die Ortsgassen des Kreises Niederbarnim miteinander verbinden. Wenn auch der Kreis von Berlin aus nach allen Richtungen hin, nach Bernau, Liebenwalde, Oranienburg und Zegel, von Eisenbahnen durchschnitten wird, so entziehen die Orte untereinander bisher noch jeglicher Verbindung. Diese zu schaffen, haben sich verschiedene Aktiengesellschaften und Komitees gebildet. Die Pläne sind als Fortsetzungen der in den Vororten wie Zegel, Dalldorf, Reinickendorf etc. endigenden Straßenbahnlinien gedacht und zum großen Teil schon den Gesellschaften seitens der beteiligten Gemeinden langjährig. Nachdem gegenwärtig auf der Zegeler Linie der elektrische Verkehr eingeführt worden, soll eine Ringbahn Zegel-Hermansdorf-Waidmannslust-Zegel erbaut werden. Die Verlängerung der Strecken nach Reinickendorf und Dalldorf (Kustall) erfolgt auf der Oranienburger Chaussee. Dadurch werden Dorf Dalldorf, Waidmannslust, Hermansdorf und Glienicke in das Verkehrsnetz einbezogen. Ein weiteres Projekt geht dahin, eine elektrische Bahn von Zegel aus über Waidmannslust, Käßbars, Kofenthal, Nordend nach Französisch-Buchholz zu bauen, wo dann der Anschluß an die Strecke Berlin-Pantow-Nieder-Schönhausen-Französisch-Buchholz herzustellen wäre. Es wird beabsichtigt, schon in diesem Jahre an die Ausführung der Bahnbauten zu gehen und so ein Straßenbahnnetz zu schaffen, welches nicht nur den Vorortgemeinden, sondern auch den Berliner Ausflüglern in hohem Maße zu gute kommen dürfte.

Das tragische Ende eines unglücklichen Erfinders. Der 29 Jahre alte Schlosser Otto Booth in Zegel hatte jahrelang über dem Problem des lenkbaren Luftschiffs gegrübelt und viel Zeit und Geld daran gewandt, bis er schließlich seine Idee für realisierbar hielt. Nun legte sich der Erfinder, ein sehr intelligenter und rühriger Mann, mit Geldleuten in Verbindung, um sein Projekt praktisch auszuführen, jedoch glückte es ihm nicht, einen Kapitalisten zu finden. Schließlich zeigte sich Symptome von Schizophrenie bei ihm und Lebensmüdigkeit. Am Mittwochabend gegen 11 Uhr warf sich der verzweifelte Erfinder in dem Augenblick auf die Schienen der Zegel-Kremmener Bahn, als der Personenzug die Station Zegel behaupte erreicht hatte. Die Räder der Lokomotive schnitten den Körper des Unglücklichen mitten durch. Hinterläßt seine Frau, mit der er in kinderloser Ehe lebte.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung und wegen Betrugs wurden der Schneidemühlener Jordan und sein Geschäftsführer Behrens verhaftet. A. behauptet in Reinickendorf beim Bahnhof Schönholz eine Schneidemühle, die vor einiger Zeit abbrannte. Am Tage nach dem Feuer wurde er festgenommen, mußte aber aus Mangel an Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die Versicherung verzweigte indes die Auszahlung der sehr hohen Summe und brachte die Sache zum gerichtlichen Austrag. Dabei ergab sich, daß die beiden Genannten bei Tischlermeistern Nachfrage gehalten, wieviel Holz sie noch zum Schneiden in der Mühle gelagert und dann der Versicherung einen größeren Posten angerechnet hatten. Andre Tischlermeister versuchten sie zu falschen Aussagen zu verleiten. Daraufhin konnte namentlich ihre Festnahme erfolgen.

Die Sedanfeier wird gleich dem Straßener Festszuge noch immer künstlich am Leben erhalten. Auch der Sedan-Ringelbeutel wird im Niederbarnimer Kreise wieder umgeben. Nach dem Kreisratsbeschlusse vom 16. Juni 1871 wird alljährlich zur dankbaren Erinnerung an den großen Siegestag von Sedan in allen Haushaltungen des Kreises eine Kollette abgehalten zur Unterstützung der in den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71 oder infolge derselben Mißbedeutung gewordenen Kreisangehörigen bzw. deren Hinterbliebenen, soweit die ihnen vom Staate bewilligten Pensionen nicht ausreichen oder sofern sie nach den begünstigten Gesetzesbestimmungen oder nach dem Maße der vorhandenen Mittel weder Pensionen noch Beihilfen aus Reichs- oder Staatsfonds erhalten können. Diese Kollette wird auch jetzt wieder veranstaltet werden. Auch eine „Sedanfeier“!

Für den Bau des Teltower Kanals hat der Kaiser am Sonntag seine Genehmigung zur Abtretung eines Teils des Parks von Wabelsberg gegeben. Der Kanal wird bekanntlich durch den Griebnitzsee geführt und mündet bei der Glienicke-Lanze in die Havel. Um nun den Griebnitzsee mit der Glienicke-Lanze zu verbinden, ist ein Durchstich durch die an den Wabelsberger Park angrenzenden Anhöhen, aber welche die Einschnitte von Klein-Glienicke nach Kowalwed geht, notwendig. Dazu werden nun auch die angrenzenden Ländereien des Wabelsberger Parks in der Nähe des Maschinenhauses gebraucht.

Schöneberg. Um den vielfach noch vorhandenen Unklarheiten in Bezug des Submissionswesens zu begegnen, hat sich der Ausschuss für die Wahl unbefolgter Gemeindevorstände mit dieser Frage beschäftigt und folgende Gesichtspunkte aufgestellt, für die die Genehmigung der Stadtverordneten nachgefordert werden soll: 1. bei beschränkter Submission dem Mindestfordernden den Zuschlag unter der Voraussetzung zu erteilen, daß bis zum Tage des Zuschlags der betreffende Unternehmer auch in der Unternehmerrisikothese enthalten ist, 2. ist aus irgend einem Grunde die Vergabung an einen anderen Unternehmer erforderlich, so muß die Stadtverordneten-Versammlung vor Vergabung der Arbeiten die Rechtebewilligung aussprechen, 3. zur Vermeidung der vom Magistrat aufgeführten Unregelmäßigkeiten wird für notwendig gehalten, daß sämtliche und von der Stadtgemeinde auszuführenden Arbeiten zukünftig gewissenhafter überwacht werden und wird einer Mitteilung über entsprechende Maßnahmen entgegengekommen.

Ausgelost wurden in der letzten Magistratsitzung, da ihre Amtsperiode beendigt, folgende unbefolgte Stadträte: von Harb, Richter, Klotz und Jaffé.

Eine Anzahl Stadtverordnete haben einen Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, eine gemischte Deputation für „städtische Volks-Bade-Anstalten“ einzusetzen. Es wäre zu wünschen, daß in derselben auch Vertreter der Bevölkerungsklasse gewählt würden, welcher eine derartige Einrichtung am meisten dienlich wäre.

Militärhofkott in Spandau. In dem Hotel „Roter Adler“ in Spandau, dem größten Gasthof der Stadt, der in Offizierskreisen weit und breit bekannt ist, gehören auch zwei Säle; in einem davon fand nun vor kurzer Woche eine sozialdemokratische Versammlung statt. Wenige Tage später wurde durch Kommandanturbefehl das Militärverbot über das Etablissement verhängt. In Spandau war aber gerade starke Eingartierung und in dem Hotel logierten ein General und mehrere andre Offiziere mit ihren Familien. Gleichzeitig mit dem Erlass des Militärverbots haben der General und sämtliche andere Militärpersonen das Hotel geräumt. Der Besitzer ist streng konservativ mit starker Neigung zum Antisemitismus.

Ein echter Dummerjungenstreich, durch den ein Menschenleben gefährdet wurde, führte gestern den 18jährigen Tischlerlehrling Cuno unter der Anfuhr der fahrlässigen Körperverletzung vor die Ferienkammer des Landgerichts I. Bei dem Tischlermeister Wegner, bei dem der Angestellte seine Lehrzeit durchmacht, arbeitet der Tischlergehilfe Kayser. Anfangs Mai vertrat dieser den Meister, welcher krankheits halber außer halb Berlins weilte. Als am 10. Mai Kayser nach kurzer Abwesenheit in seine im dritten Stock belegene Arbeitsstätte zurückkehrte, fand er den Angestellten und einen andern Lehrling dort vor, die unbefugterweise dort sich niedergelassen hatten, um einen Spiegel in Ordnung zu bringen. Der Geselle verwies sie damit in eine im unteren Stockwerk gelegene Werkstatt und da er sah, daß der Angestellte an dem Spiegel einen Mangel an Quecksilber durch Aufstreichen von Ockerfarbe erziehen wollte, hielt er ihm diese Dummheit vor und verließ die Werkstatt, um selbst eine Anordnung in Bezug auf den Spiegel zu treffen. Er kehrte bald wieder zurück und nahm aus einer Bierflasche, aus der er vorher schon getrunken hatte, einen kräftigen Schluck. Das Bier schmeckte ganz sonderbar, und Kayser wurde nach dem Genuße sehr bald so unwohl, daß er nach der Inspektion gebracht werden mußte. Der dortige Arzt hielt es für notwendig, ihm den Magen zweimal energisch auszusaugen und stellte durch Untersuchung des Inhalts der Bierflasche fest, daß das Bier mit chromsaurem Kali, welches die Tischler zum Polieren gebrauchen, vermischt war. Kayser, dessen Zustand sich nicht besserte, mußte nach der Charité übergeführt werden und hat dort 11 Tage zugebracht. Nach der ganzen Sachlage konnte nur der Angestellte den Streich verübt haben und trotz seines Leugnens ist er auch vom Gerichtshof als der Thäter angesehen worden. Dabei fiel wesentlich ins Gewicht, daß er zugehandenermaßen in der Abwesenheit des Meisters bei dessen Bierflasche gewesen war und aus derselben getrunken hatte. Zu dieser Zeit hatte das Bier also noch keinen Zusatz. Der Gerichtshof nahm an, daß der Angestellte ohne Kenntnis von der giftigen Eigenschaft des chromsauren Kalis, welches dem Bier zugesetzt hat, teils um das von ihm ausgetrunkene Quantum zu erproben, teils um dem Gesellen wegen der erhaltenen Rüge einen Schabernack zu spielen. Mit Rücksicht auf die schwere Gesundheitsgefährdung, die dem Kayser durch diesen Streich zugefügt worden ist, verurteilte der Gerichtshof den Angestellten zu drei Monaten Gefängnis.

Das Tob einer „sehr couragierten Frau“, welches gestern der Vorsitzende der ersten Ferienkammer einer Jengin, Frau Hoffmeister, ausstellte, verdiente diese in volstem Maße. Bei Frau H. ereignete eines Tages in ihrer im dritten Stockwerk belegenen Wohnung ein Mann, welcher etwa vorhandene Lumpen aufzutauschen wünschte. Frau H. verkaufte ihm auch solche, ohne zu ahnen, daß ihr ein gewiegter Einbrecher gegenüber stand, der die Gelegenheit zur Verübung eines Diebstahls auszunutzen suchte. Als sie wenige Tage später von einem kurzen Ausgange heimkehrte, fand sie zu ihrer Ueberraschung ihre Korridorthür geöffnet und da sie der Meinung war, daß ihr Ehemann inzwischen nach Hause zurückgekehrt sein könnte, rief sie schon von der letzten Treppentritte aus: „Während bist Du da?“ In demselben Augenblick wurde ihre Wohnungstür aufgerissen und ein fremder Mann stürzte an ihr vorüber, dem ein anderer unmittelbar nachfolgte. Mit erschütterter Geistesgegenwart packte Frau H. den letzteren beim Kragen und ließ nicht los, so sehr sich der Festgenommene auch bemühte, zu entkommen. Es entwickelte sich ein lebhafter Kampf zwischen den beiden, der sich über die ganze Treppe bis zum Hausflur fortsetzte. Der fremde Mann schlug auf Frau H. ein, stieß mit den Fäusten nach ihr und suchte sie zu beißen, er hatte aber keinen Erfolg, denn die Frau hielt ihn krampfhaft fest und schrie so lange „Hilfe!“ und „Feuer!“ bis endlich einige Personen zu ihrer Unterstützung herbeieilten und sich des Einbrechers bemächtigten. Er wurde auf der Postzeit als der schon vorbestrafte Arbeiter Wilhelm Frije festgesetzt und die Frau erlante in ihm den Mann, der wenige Tage vorher von ihr die Lumpen gekauft hatte. Es war im richtigen Augenblick herbeigekommen, denn die Einbrecher hatten bereits einen großen Saal mit Wertgegenständen zusammengepackt, den sie mit sich nehmen wollten. Der Gerichtshof verurteilte Frije zu fünf Jahren Zuchthaus.

Widerstand gegen die Staatsgewalt. Ein Urteil von allgemeinerem Interesse hat das Kammergericht in einer Strafsache der Witwe Jergans und ihrer Töchter gefällt. Die Anklage gegen sie war wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt erfolgt, zugleich sollte der Polizeiwachmeister in Jällikau beleidigt worden sein. Der Sachverhalt ist kurz folgender. Frau Jergans besitzt in Jällikau ein Grundstück und lebt mit dem Nachbar Veder wegen der Grenze in Streit. Veder wollte nun auf freitragendem Terrain eine Mauer errichten lassen. Frau Jergans suchte im Vollgefühl ihres Rechts ihn auf jede Weise daran zu verhindern und wurde hierbei von den Familienangehörigen unterstützt. Die aufgemauerten Steine wurden von ihnen wieder abgebrochen und die Mauer mit Gewalt am Arbeiten gehindert. Der Bürgermeister als Polizeichef beantragte deshalb den Polizeiwachmeister, sich an Ort und Stelle zu begeben. Der Wachmeister war nun von Anfang an bestrebt, dem Veder die ungestörte Errichtung der Mauer zu ermöglichen. Er verbot den Jergans jede Arbeits hinderung und schritt, als sie sich nicht daran hielten, persönlich gegen sie ein. Die resoluten Damen ließen sich aber nicht einschüchtern, sondern setzten ihr Vernichtungswerk fort und schauten auch vor einem Kampfe mit dem Wachmeister nicht zurück. Während einer wegen Verletzung des Beamten verurteilt wurde, sprach das Landgericht alle vier von der Anklage des Widerstands gegen die Staatsgewalt frei. Es ging davon aus, daß es sich hier um einen Privatstreit gehandelt habe und daß deshalb die Polizei nicht zu Gunsten des Veder hätte einschreiten dürfen. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, es läge doch ein Widerstand gegen die Staatsgewalt vor. Die Polizei hätte nach § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts das Publikum gegen Gefahren zu schützen. In diesem Falle hätten die Mauerer eines Schutzes bedurft, man hätte es also mit einer rechtmäßigen Ausübung der Staatsgewalt zu thun. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht betonte ferner, es könne dahingestellt bleiben, ob der Veder des Bürgermeisters ein rechtmäßiger gewesen sei, denn dem Wachmeister als der Vollstreckungs person hätte ein Widerstand überhaupt nicht geleistet werden dürfen. Der Wachmeister habe sich zweifellos in berechtigt und rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden.

Das Kammergericht verwarf indessen die Revision mit folgender Begründung: Eine rechtmäßige Amtsausübung seitens des Bürgermeisters könne nicht anerkannt werden, da sich der Wachmeister als Polizeibeamter nicht in Privatgrenzstreitigkeiten einzumischen habe. Es könne sich somit nur fragen, ob der Polizeiwachmeister, als er dem Veder folgte, sich in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden habe. Der Strafenat müsse auch dies verneinen. Allerdings könne der Senat dem nicht beitreten, daß es kein Widerstand gegen die Staatsgewalt sei, wenn ein Beamter an der Ausführung eines nicht zulässigen Befehls gehindert werde. In solchen Fällen könne sehr wohl ein Widerstand gegen die Staatsgewalt vorliegen. Hier sei aber nach der ganzen Sachlage anzunehmen, daß der Wachmeister den Befehl nicht rechtmäßig ausgeführt habe. Den Befehl des Bürgermeisters hätte er so auszuführen müssen, daß er nur bei Rubestörungen einschreiten sollte. Statt dessen sei er aber sofort eingegriffen, ohne daß Rubestörungen vorgekommen wären. Er habe den Befehl eben so ausgeführt, daß er dem Veder Veder bei der Durchführung seiner Absicht, eine Mauer zu errichten, habe beistehen sein. Ihn habe beistehen sollen. Wenn er aber das glaubte, dann habe er sich in nicht rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden. Aus diesem Grunde könne trotz der thätlichen Angriffe des Wachmeisters durch die Angeklagten ein Widerstand gegen die Staatsgewalt nicht angenommen werden.

Eine unbefugte Regierungsdaktion. Die in den Provinzen Ost- und Westpreußen geltende Schulordnung von 1845 bestimmt, daß die Schulpflicht bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr der Kinder dauere. Nach Entscheidungen des Kammergerichts bedeutet diese Bestimmung, daß die Kinder von dem Tage ab, wo sie 14 Jahre alt werden, die Schule meiden können und damit nicht erst bis zum Ablauf des Halbjahrs warten brauchen. Die Regierung in Königsberg hat nun am 12. Dezember 1899 zu der Schulordnung eine Ausführungsverordnung erlassen, worin gesagt wird, daß zweimal im Jahre die Aufschulung erfolge, und zwar am 1. April und am 1. Oktober. Wegen Vergehens hiergegen hatten sich demnach mehrere Väter schulpflichtiger Kinder vor dem Strafrichter zu verantworten, weil sie ihre Kinder von der Schule fernhielten, sowie sie 14 Jahre alt geworden waren. Schöffengericht und Landgericht sprachen jedoch die Beschuldigten mit der Begründung frei, daß die Ausführungsverordnung mit der Schulordnung von 1845 in Widerspruch stehe und die Regierung die Schulordnung durch eine Verordnung zu ihrer Ausführung nicht abändern könne. Der erste Staatsanwalt am Landgericht zu Königsberg legte Revision ein und betonte die Verbindlichkeit der Ausführungsverordnungen. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich der Revision an. Er führte aus, die Schulordnung von 1845 könne füglich so ausgelegt werden, daß nur an allgemeinen Schulentlassungstermin die Entlassung der 14 Jahre alt gewordenen Schüler und Schülerinnen erfolgen solle. Hiernach läge die Ausführungsverordnung von 1899 nicht im Widerspruch mit der Schulordnung, wenn sie nähere Bestimmungen treffe. — Der Strafenat des Kammergerichts wies indessen die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung zurück: Nach dem Wortlaut des § 2 der Schulordnung für die Provinzen Preußen dauere die Schulpflicht bis zum vollendeten vierzehnten Jahr, und zwar lediglich bis dahin. Hieran sei festzuhalten. Zu einer Änderung dieser gesetzlichen Bestimmung sei die Regierung nicht befugt und kann diese mit darauf ausgehende Verordnung vom 12. Dezember 1899 nicht angewendet werden.

Vermischtes.

Zur Ermittlung eines Mörders erklärt der Erste Staatsanwalt in Göttingen folgende Bekanntmachung: Am 17. d. M. ist bei Osterode a. Harz die 6 1/2 Jahre alte Auguste Deuschhausen ermordet worden. Am Thortor sind gefunden worden ein an der einen Ecke eingegriffenes, rothbraunes, baumwollenes Taschentuch mit türkischem Muster; ein Messer, dessen dunkler Griff aus beiden Seiten, namentlich nach der Klinge hin, nicht mehr sichtbar, sondern absperrt. Als der Thät dringend verdächtig ist zur Zeit der Arbeiter Adam Sommer aus Gieboldehausen verhaftet. Für die Beschaffung von Beweismitteln für die Thäterschaft ist eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt worden. Ich ersuche um sachdienliche Mitteilungen, namentlich betreffend Herkunft und Eigentümer des Messers und des Taschentuchs.

Das Eisenbahnunglück bei Konstanz. Bei dem Eisenbahnunglück, über den wir gestern berichteten, wurden, wie nunmehr festgestellt ist, drei Reisende getötet, drei Reisende schwer und sechs leicht verletzt, außerdem wurde der Zugführer und der Lokomotivführer leicht verletzt. Der Zug bestand aus zwei Lokomotiven und elf Wagen, von denen die fünf vorderen fast völlig zerstört wurden. Das Geleise ist auf etwa hundert Meter zerstört worden. Die Ursache der Unglücksleistung des Zugs ist bis jetzt unbekannt.

Von der Pest in Glasgow werden jetzt einige Einzelheiten gemeldet. Danach soll der erste Pestfall erst am Montag zur Beobachtung gelangt sein, und zwar an einem Kinde, das innerhalb 48 Stunden starb. Man glaubte zuerst, es handle sich um einen Fall von Augenentzündung, aber schon am zweiten Tage erkrankte die Mutter und kurz darauf auch der Vater. Die Eltern sowohl wie andre Leute, die in demselben Hause wohnten, wurden sofort ins Hospital gebracht. Professor Muir von der Universität nahm eine genaue Untersuchung vor und kam dann zu dem Schluß, daß es sich um die Pestenpest handle. Es wurden sofort Vorsichtsmaßregeln zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung getroffen, doch konnten, wie die letzten Meldungen melden, weitere Erkrankungen an der Pest nicht mehr verhindert werden. Daß ein Kind nicht von selbst die Pest bekommen kann, liegt auf der Hand; es muß von einem andern Pestkranken angesteckt worden sein. Wahrscheinlich wird der wirkliche Ursprung der Krankheit in Glasgow jetzt, nachdem sie so lange verheimlicht worden, schließlich mehr zu ermitteln sein.

Auf der Pariser Weltausstellung sind nach einer im Reichskommissariat der deutschen Ausstellungen aufgestellten Statistik an deutsche Aussteller, die den Mitarbeitern zuerkannten Auszeichnungen abgerechnet, 261 große Preise, 545 goldene Medaillen, 608 silberne Medaillen und eine große Anzahl bronzener Medaillen und ehrenvoller Erwähnungen verteilt.

Aus Brüssel wird berichtet: Die Abendblätter verzeichnen unter Merve die Weidung des heutigen „Soir“ über die Abdankung des Königs Leopold zu Gunsten des Prinzen Albert.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb Verlag) ist soeben das 48. Heft des 18. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Der Sozialismus in Belgien. Von Julian Vorhardt. — Eine deutsche Sozialarmee. Von Ernst Rammig. (Erlaubt.) — Bürgerliche Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie. Von R. Argenburg. — Genosse Wehring und die freie Volkswirtschaft. Von E. Schmidt. — Aus der deutschen Genossenschaftsbewegung. Von Hermann Pfeiffer (Dresden). — Eine wichtige Erörterungsfrage. Von Emma Geisler. — Fernstudien: Das schwedische Rindfleisch. Von Anton Tischerhoff. — Einzige autorisierte Uebersetzung von Vladimir Gannitow. (Erlaubt.)

Am Verlag von J. F. Dieb Nachf. ist soeben erschienen: Erster Nachtrag zum Arbeiterrecht von A. Stadthagen, enthalten: Das neue Unfallversicherungsrecht (Gewerbe, Bau, Gewerkschaften), das neue Unfallversicherungsrecht für Land- und Forstwirtschaft in ausführlicher Darstellung. Die Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900. Die Novelle zum Anknüpfungsparagraphen vom 30. Juni 1900. 110 Seiten Oktav. Preis gut gebunden 75 Pf.

Marktpreise von Berlin am 28. August 1900

Table with market prices for various goods like wheat, rye, barley, and other commodities. Columns include item names, prices, and units.

Produktionsmarkt vom 30. August. Am Getreidemarkt machte sich eine einschüdernde Festigkeit geltend, und zwar schien man allgemein aus dem Standpunkt zu gehen, daß die Konjunkturen für den Handel mit Weizen getreide, insbesondere mit Roggen, die besten seien, da vielfache Klagen über den schlechten Ansat der Roggenkörner laut werden und auf einen geeigneten Getreidekonsum schließen lassen. Vom Inlande sind es besonders die südlichen Provinzen, vom Auslande England, wo die Roggenkörner durch die lange und übermäßige Dürre kurz geblieben haben sollen. Am höchsten Preismarkt setzten Weizen und Roggen reichlich 1 R. höher ein. Es wurden vielfach Rechnungen vorgenommen; die Abgeber beobachteten die größte Realisationen, als man erwartete hatte. Mittags setzten die Getreidepreise ihre steigende Bewegung fort. Die Kaufkraft war namentlich für

